

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Mus.

Abonnementspreis 50 Pf. pro Monat,
1,50 Mk. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Einzelne Nummern 1 Mark.

Anzeigen kosten die sieben Spalten je 1,- Mark.

Bei einmaliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei
25maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 98.

Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegramm-Adresse: Bergarbeiter-Verein Bochum

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Bei Übersetzung unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: Theodor Wagner, Essen.
Druck u. Verlag von Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhäuserstr. 42.

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Tag, Tage oder höchstens zur Aufnahme gelangen.

Hinein in den Verband!

Allein für dich, bist du ein schwaches Rohr,
Das jeder Windstoß niederbeugt und schüttelt!
Allein für dich, bist du ein armer Tor,
Den jeder Büttel schadenfroh noch blüttelt. —

Doch anders ist es, wenn du zugesellt
Dem großen Kampftheer deiner Klassenlage,
Dann wird die Kraft dir tausendfach geschwelt
Und neu gestärkt bei jedem Gegenschlage. —

Was bist du, Bergmann? Ein Nichts allein —
Doch dreimalhunderttausend deinesgleichen,
Und setzen sie die Kraft vereinigt ein,
Sie werden das Geforderte erreichen. —

Nur spüre dich — der Anschluß ist verpaßt
Gar leicht, wenn du zu lange damit säumest;
Steh' draußen nicht am Zaun als blöder Gast —
Zeit ist's, daß du den Platz dort endlich räumest. —

H. K.

Entlohnung und Lebenshaltung der Bergarbeiter.

Im „Metzgeranzelger“ sind die endgültigen Lohnziffern für den Gesamtbergbau Preußens für 1907 veröffentlicht. Diese Lohnstatistik beruht lediglich auf Angaben der Werksverwaltungen. Die Arbeiter haben keine Kontrolle darüber, ob überall in den Tabellen die Zahl der wirklich verfahrenen Schichten angegeben ist, in welcher Weise überhaupt das Lohnmaterial zusammengestellt wird. Da aber diese einseitige Methode bisher stets befolgt worden ist, so haben die amtlichen Zählungen immerhin eine relative Zuverlässigkeit erlangt.

Nach den vorliegenden Annahmen stellen sich in den wichtigsten preußischen Bergbauregionen die Zahl der Arbeiter, die Zahl der verfahrenen Schichten und der ausgezahlten Durchschnittslöhne wie folgt:

Art und Bezirk des Bergbaues,	Gesamt-belegschaft im		Veraufrengte Arbeits-schichten auf 1 Arbeiter im		Durchschnittlicher Gehaltsdienst pro Arbeiter der Gesamt-belegschaft			
	Jahre 1907	Jahre 1906	Jahre 1907	Jahre 1906	abgerundet auf ganze Zahlen)	1907	1906	1900
a. Steinkohlenbergbau								
in Oberschlesien . . .	94 367	88 980	288	286	8,48	8,23	8,12	
in Niederschlesien . . .	25 702	25 008	303	303	8,27	8,05	8,00	
im Oberbergamtbezirk								
Dortmund	294 101	270 288	821	821	4,87	4,87	4,18	
bei Saarbrücken (Staatswerke) . . .	48 895	47 891	295	295	4,02	3,88	3,56	
bei Aachen	18 921	17 887	814	807	4,64	4,11	3,85	
b. Braunkohlenbergbau								
im Oberbergamtbezirk								
Halle Unterhessischer . . .	38 857	34 548	304	304	3,60	3,85	3,06	
8 089	6 705	296	298	3,08	3,70	—		
c. Salzbergbau								
im Oberbergamtbezirk								
Halle	7 419	7 293	300	301	2,95	3,78	3,77	
im Oberbergamtbezirk								
Glauchau	7 090	6 127	294	295	4,09	3,86	—	
d. Erzbergbau								
in Mansfeld (Kupfer-schiefer)	15 631	15 675	805	805	3,58	3,42	3,26	
im Oberharz	2 819	2 900	301	300	2,77	2,51	2,21	
in Siegen	11 966	11 403	200	280	4,96	4,08	—	
in Nassau und Westfalen	8 482	7 973	286	293	3,46	3,13	3,47	
Montan- und chemischer	7 576	7 508	200	285	3,61	3,88	3,08	
Unterhessischer	8 784	8 760	293	293	2,98	2,76	2,53	

Wir haben die Lohnzahlen aus dem Jahre 1900 beigelegt, um für einen größeren Zeitraum Vergleiche zu ermöglichen. Auch wo die größte Lohnzunahme eintrat, seit 1900, da erreichte sie nicht die Hälfte des Betrages, den die mittlerweile vorgenommenen Preis erhöhungen pro Tonne ausmachen.

Berechnet allgemein auf die Untertagsbelegschaft, entfallen auf jeden Arbeiter im Kohlenbergbau bis zu zwei Tonnen Förderung pro Schicht. 1907 standen die Tonnenpreise durchschnittlich 1—2 Mark höher wie 1906. Greifen wir aber die Gruppe der belohnten Arbeiter (Hauer und Schlepper, Lohnklasse a) heraus, so finden wir, daß in keinem Revier der Lohn der Klasse a mehr als 60 Pfennig pro Schicht gestiegen ist! Diese höchste Lohnzunahme erreichten die Mühelbergleute Klasse a, die sich aber auch am besten organisiert! Wohl gemerkt Kameraden!

Dagegen betrug die Lohnaufbesserung für die höchste Lohnklasse in Oberschlesien (von 1906 auf 1907) nur 31 Pfennig, in Niederschlesien nur 28 Pfennig, im Saargebiet nur 17 Pfennig, im Würzgebiet nur 32 Pfennig, im mittel-preußischen Braunkohlenbergbau nur 22 Pfennig, im linkshessischen nur 21 Pfennig, im Salzbergbau nur 21 (Halle) und 22 Pfennig (Glauchau), in den Erzbergwerksbezirken nur 10—12 Pfennige. Die Lohnklassen b, c, d und e haben durchweg noch geringere Lohnaufbesserungen erhalten.

Wegen der Arbeiterlöhne brauchten die von allen Konsumaten bitter beklagten hohen Preisesteigerungen nicht vorgenommen zu werden! Das beweist sogar die von Werksverwaltungen gelieferte Lohnstatistik.

Immerhin kann anerkannt werden, daß in manchen Revieren, auf nicht wenigen Werken die Arbeiterlöhne seit einigen Jahren nennenswert aufgebessert wurden, allerdings dort am meisten, wo die Belegschaften gewerkschaftlich am besten organisiert sind. Das soll gar nicht bestritten werden. Wäre die Kameradschaft noch viel stärker organisiert, die Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen hätten sich dementsprechend noch besser gestaltet.

Wie aber steht es mit der Lebenshaltung der Arbeiter? Haben sie sich entsprechend ihrem Gehalt auch besser ernähren können, vermöchten sie hinsichtlich der Wohnungsverhältnisse, der Bildungsbedürfnisse sich den höheren Kultursprüchen mehr zu leisten? Diese entscheidende Frage muß leider verneint werden!

Man soll uns nicht „parteipolitische Hege“ vorwerfen, deshalb werden wir drei in dieser Beziehung unverdächtige Belege für uns reden lassen.

Wir sagen, die Grenzverrennen und die Zollpolitik hat dem Arbeiter die Nahrungsmittel derart verteilt, daß die erfolgten Lohnerhöhungen durch die eingetretene Versteuerung aller Lebensbedürfnisse mehr als ausgeglichen sind. Zur Zeit, als der neue Zolltarif mit seinen unerhöht erhöhten Nahrungsmittelzöllen zur Debatte stand, da hat die „Bergarbeiter-Zeitung“ gesagt, daß heute jede Hausfrau beschuldigt, vorausgesetzt und zum Kampf gegen den Hungerzolltarif aufgefordert. Zollpolitik ist Vorrangspolitik — also Gewerkschaftsfaul. Wütend sind wir wegen unserer Stellung fast von der gesamten Zentrumsgewerkschaftsvereinspresse bekämpft worden, allen voran agitierte der „Bergknappe“ für den agrarischen Hochzolltarif. Auf unserer Darlegung, die hohen Zölle würden die im österreichischen Gewerkschaftskampf errungenen Lohnverbesserungen schlucken, die breite Volksmasse würde sich deshalb trotz etwaiger Lohnverhöhung nicht besser ernähren können, erwiderten die Zentrumsgewerkschaftszeitungen, daß sie „parteipolitische Hege gegen die Landwirtschaft“, die höheren Zölle würden — vom Ausland gedeckt. Und wie ist es gekommen, nachdem in den Handelsverträgen die erhöhten Zölle gesetzliche Vorschrift wurden? Es ist eingetreten, was wir vorausgesagt haben!

Daß für folgende Belege: Das Organ des Zentrums-gewerkschaftsvereins der Metallarbeiter schreibt, eine Hebung der sozialen Lage der Arbeiter sei nicht eingetreten:

„Ihr kleiner Mehrverdienst während der Hochkonjunktur ist durch die anhaltende Teuerung aller Lebensmittel, sowie der Mietpreise aufgewogen worden. Nunnehr macht sich der Umstieg für sie um so schlimmer bemerkbar.“

Trotzdem arbeiten die Nutznießer der Nahrungswertungspolitik darauf hin, noch mehr indirekte Steuern, die den Vermütern mehr als den Reichen belasten, im Fleische einzuführen (das Organ der Metallarbeiter hat, was die Gerechtigkeit gebietet zu sagen, damals wohl als einziges Zentrums-gewerkschaftsblatt gegen den Zolltarif Stellung genommen). Die konservative agrarische „Kreuzzeitung“ ist der Meinung, in Deutschland seien die Arbeiter besser wie z. B. in Amerika gestellt, darum dürften zur Deckung des riesigen Reichshaushaltsdefizits ruhig den Arbeitern neue indirekte Steuern aufgehaftet werden. Demgegenüber schreibt das Blatt des Zentrums-gewerkschaftsvereins der Bauarbeiter:

Der englische, vor allem aber der amerikanische Arbeiter ist wirtschaftlich bedeutend besser gestellt als der deutsche Arbeiter. Nur ist aber anzunehmen, daß durch die wirtschaftliche Krise auch die wirklich eingetretene Verbesserung der deutschen Arbeiter wenn nicht ganz, dann doch zum größten Teile wieder verloren geht. Im weiteren hat es den Anschein, daß gewisse Kreise der Meinung sind, daß den Arbeitern sofort wieder genommen werden müßte, was er durch inhaltige Kampfe sich errungen hat. Errungen auf dem Wege der Selbsthilfe und durch Opfer, welche gleichfalls von jener Seite den Unrat an der Forderung einer höheren Besteuerung der Arbeiter abgeben müßte. Der Arbeiter, der hohe Gewerkschaftsbeiträge zahlt, kann auch höhere Steuern bezahlen, so meinen sie. Hat er dann durch seine Beiträge bessere Verhältnisse geschaffen, dann kann er wieder höhere Steuern abzahlen. So reden die Leute, denen der Staat, also die Allgemeinheit, die größten Vorteile mühselig in den Sack wirst, ohne persönliche Opfer“.

Es sind die agrarischen Bündler, denen der Staat, also die Allgemeinheit, die größten Vorteile mühselig in den Sack wirst, und zwar mittels der Grenzverrennen und Zollpolitik. Warum haben die Zentrumsgewerkschaftsagitatoren das aber nicht damals den Arbeitern gesagt, als es galt, das Zollergesetz zu befürworten? Damals haben sie die Zollnerparteien lebhaft unterstützt, direkt und indirekt.

Aller voran strebte damals der „Bergknappe“ um den Anfang, den Lebensmittelzöllnern die Bahn freizumachen. Wir wurden beschimpft und verhöhnt, weil wir diese Zollnerpolitik als einen schweren Schaden für die Lebenshaltung der breiten Volksmasse befürworteten. Heute haben wir die agrarische Zollbescherrung und heute schreibt der „Bergknappe“:

„Was dann die Bergarbeiterlöhne anbetrifft, so haben wir schon verschiedentlich darauf hingewiesen, daß die Lohnsteigerungen durch die Teuerung der Lebensmittel, Steigerung der Mietpreise usw. wieder ausgeglichen würden. Von einem goldenen Jahr, auch für die Bergarbeiter kann daher keine Rede sein.“

Natürlich ist das richtig, aber als wir das vorausgesagten, da wußte der „Bergknappe“ alles „viel besser“. Wenn nicht die enorme Versteuerung der notwendigsten Lebensbedürfnisse eingetreten wäre — zweifellos als Folge der Grenzverrennen und Zollnerpolitik — dann wären die Lohnverhöhung den Arbeitersfamilien zugute, ihre Lebenshaltung hätte sich dementsprechend heben können! Das hat die Zollnerreihe verhindert und jetzt, wo die Löhne verkürzt werden, die hohen Lebensmittelpreise aber wesentlich bleiben, da wird die Lage der Arbeiter erst recht verschärmt. Die Zölle werden nicht ermäßigt, die Grenzverrennen werden aufrecht erhalten, dabei sinken die Löhne, Teierschichten werden eingezogen undstellenweise erfolgen auch Arbeiterentlassungen im Bergbau. Die Arbeiter, die sich verleiten ließen, der nahrungsversteuernden Zollpolitik Unterstutzung zu leisten, sind jetzt die Dummen, sie werden obendrein verhöhnt.

Der Landwirtschaftliche Verein in Wallersdorf hält natürlich ein Heft ab, wo zur Erhöhung des Vergnügens dieses Friedens gelungen wurde:

„Wir können uns den schönen Tag Schon leisten ohne Not. Denn um der Landwirtschaft zu dienen, Tat man sie „oben“ mehrfach schlagen, damit recht teuer das Brot.“

Wir werden deshalb heute nur Am Fleisch uns essen satt. Wir wollen sicher nicht vergessen, daß Brot nur von denen wird gegessen, Wer kein Brot im Stalle hat.

Es soll die edle Landwirtschaft Stets blühen und gedeihen. Es muß ein jeder danach streben, Den Preis der Produkte zu heben, Dann bringt sie auch etwas noch ein. Wenn hundert Mark der Scheitel storn, Die Butter eine Krone, Wenn Gold man zahlt für Milch und Eier, Dann sind wir erst richtig belohnt.“

So werden die betroffenen Arbeiter blutig verhöhnt von denen, die sich an den hohen Lebensmittelpreisen bereichern. Das ist der Dank dafür, daß nach der Ausleitung hervorragender Zentrumsgewerkschaftsführer sich die „christlich-nationalen Arbeiterwähler“ verleiten ließen, den Zollnerparteien in den Sattel zu helfen. Hörn der Dank, Hungerknotpreise in alle gefahrene Höhe sind nach der Agrarier Willen die Bescherrung für das Volk. Stockprügel auf den Wagen erhalten die Dummen, die auf den Leim hüpften und glaubten, der höhere Zolltarif würde keine Nahrungsversteuerung bringen. Wer den Arbeitern dieses Märchen vorerzählt hat, ist mitschuldig an den jetzigen Teuerungszuständen.

Gewerkschaftsdeputation und Knappishafstsgebet.

Wie liegt eigentlich die Sache?

Wir sind genötigt, auf dieses Thema zurückzukommen, da neue Momente aufgetaucht sind. Umbrosch hat in einer Versammlung in Bottrop sich so ausweichend ausgedrückt, daß eine klare Antwort auf die Frage: „Hat die Gewerkschaftsdeputation zu der Annahme des verhünten Knappishafstsgebetes geraten?“ schweigt nicht gegeben wurde. Körner dagegen hat in einer Versammlung in Altenessen erklärt, Giesberts habe seine Behauptung zurückgenommen. Das soll geschehen sein in Vorbeck am 23. Februar. Wir haben uns daran den Bericht der Giesbertschen Rede („Essener Volkszeitung“ vom 25. Februar) nochmals angesehen und müssen gestehen, nach diesem Bericht wenigstens hat Herr Giesberts sehr viel über das Verhalten der Gewerkschaftsdeputation geredet, aber das, was Körner ihm sagen läßt und was der „Bergknappe“ schreibt, hat Herr Giesberts nicht erklärt. Auch Giesberts ist nach dem Bericht der „Essener Volkszeitung“ einer unzweckigen Antwort ausgewichen.

Von Versammlungsteilnehmern ist die Giesbertsche Rede so verstanden worden, als ob seine Kenntnis von dem Verhalten der Gewerkschaftsdeputation nicht vollständig sei. Herr Giesberts will nicht allen Beratungen der Gewerkschaftsdeputation mit den betr. Parteiführern beigewohnt haben, von den letzten Beratungen will er keine genauen Kenntnisse haben.

ignoriert werden. Wenn Herr Giesberts allenfalls einen „Fehlur“ vorführen kann, sei Brust ist das ganz ausgeschlossen.

Wir sind also auf dem alten Fleck. Von den Deputationsmitgliedern Eßert, Umbach, Berger und Inkmann fehlt bisher jede unzweideutige Erklärung — warum schweigen sie, die die Nächsten zum Leben sind? Der Erklärung des „Bergknappen“ steht die bestimmt Gegenerklärung des Berggesetzkommissionärs und Beiratsabgeordneten Brust gegenüber! Sagt Brust die Unwahrheit? Hat die Gewerkschaftsdeputation, so wie Brust erzählt, zur Annahme des verhunten Knappenschaftsgesetzes geraten? Dadurch hätte sie sich mit verantwortlich für dieses Werk gemacht, dessen Ablehnung die Gewerkschaftsleitung öffentlich als eine Notwendigkeit betont hat!

Es ist doch höchst merkwürdig, dass Herr Giesberts von Mitgliedern der Beiratsfraktion des Landtages erfährt (eine andere Quelle kann gar nicht in Betracht kommen) die Gewerkschaftsdeputation hätte sich nicht im Sinne der Bergarbeiterbefreiung verhalten; sondern die Gesetzesannahme empfohlen — und das nunmehr ein durchaus kundiges Mitglied des Landtages, Herr Brust, genau dasselbe erzählt, was Herr Giesberts im Reichstag nur „irrtümlich“ behauptet haben soll!

Hier muss volle Klarheit geschaffen werden, denn es handelt sich um ein Lebensinteresse der ganzen Bergarbeiterchaft!

* * *

Im Reichstag beantragte die sozialdemokratische Fraktion folgende Resolution:

Der Reichstag wolle beschließen die verbündeten Regierungen zu ersuchen,

1. ein Reichsberggesetz vorzulegen, das gleichzeitig das Arbeitsverhältnis der Bergleute im Sinne des Antrages vom 20. Februar 1907 (Nr. 96 der Deutschen) regelt;
2. einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den das Knappenschafts-Rassenwesen einheitlich geregelt und Absatz 8 des § 74 des Krankenversicherungsgesetzes dahin geändert wird, dass alle Vertreter der Knappenschaftsklassen-Mitglieder in geheimer Wahl gewählt werden müssen.

Diese Resolution ist abgelehnt worden! Dagegen stimmten die Konservativen, Zentrum, Nationalliberalen und Altsemiten! Daraus können die Kameraden ersehen, welche Parteien den Forderungen der Bergarbeiter entgegenwirken.

Soziale Rechtsprechung und Arbeiter-Berischerung.

Ein Schlag gegen die Gewerkschaften!

In ihrem Reichsvereinsgesetzentwurf (§ 7) hatte, wie wir seinerzeit berichteten, die Regierung vorgeschlagen, den Gebrauch einer nichtdeutschen Sprache in öffentlicher Versammlung zu untersagen bzw. von der polizeilichen Genehmigung abhängig zu machen. Der Paragraph ist in der Vereinsgesetzmössion abgelehnt worden. Nun aber haben die „nationalen Blockparteien“ (Konservative, Nationalliberalen, Christlich-sozial-Antisemiten und Freisinnige) gekämpft mit der Regierung und folgenden neuen § 7 vorgeschlagen und angenommen:

„Die Verhandlungen in öffentlichen Versammlungen sind in deutscher Sprache zu führen. Die Vorschrift trifft nicht zu auf internationale Kongresse und Wahlversammlungen nach Bekanntmachung des Wahltermins. Die Zulässigkeit weiterer Ausnahmen soll die Landesgesetzgebung regeln. Jedenfalls soll in den Landesteilen, in denen zur Zeit des Infrastrukturs des Vereinsgesetzes achtenteilige gesetzliche Bevölkerungssteile in nichtdeutscher Muttersprache vorhanden sind, sofern diese Bevölkerungssteile nach dem Ergebnis der letzten Volkszählung 60 Proz. der Gesamtbevölkerung übersteigen, während der ersten 20 Jahre nach Infrastrukturen des Vereinsgesetzes der Mitgebrauch der nichtdeutschen Sprache gestattet sein, wenn der Veranstalter der öffentlichen Versammlung mindestens 72 Stunden vorher der Polizei davon Anzeige gemacht hat.“

Der Paragraph richtet sich zweifellos direkt gegen die Arbeiterorganisationen in Gebieten mit zugewanderten nichtdeutschen Berufsgenossen. Würde der Paragraph angenommen, dann hätten die rheinisch-westfälischen Großindustriellen ihren Willen, im Ruhrgebiet würde die Polizei z. B. polnische und tschechische Kameraden nicht dulden (wie man Mitgliederversammlungen zu „öffentlichen“ Versammlungen macht, lehrt Wedelkjau), im lothringischen Minettgebiet dürften keine italienischen Kameraden auftreten, in Mitteldeutschland, wo jetzt auch große Massenpolnische Kameraden arbeiten, dürften unsere Referenten zu diesen nicht in ihrer Muttersprache reden, daß dies keine „Übertreibungen“ sind, dafür liegen zahlreiche Beweise aus der gegen die Gewerkschaften geübten Polizeipraxis vor!

Es handelt sich also im neuen § 7 um ein wohlüberlegtes, hässliches Attentat auf die Gewerkschaftsorganisation der Arbeiter, insbesondere der Bergarbeiter! Kameraden, protestiert gegen diesen Gesetz, fordert den Reichstag auf, diesen Paragraphen abzulehnen! Es ist keine Zeit zu verspielen.

Steuerpflichtige Streitunterstützung. In Rostock waren Streitfälle für die bezogene Streitunterstützung zur Einkommensteuer herangezogen worden. Nach der Rostocker Einkommensteuerverordnung gelten u. a. als steuerpflichtiges Einkommen „besondere Einfüsse aus Rechten auf wiederkehrende Lebungen und Vorteile irgendwelcher Art“. Da nun die Gewerkschaften ein Recht auf Streit- und Gemeinkostenunterstützung nicht gewähren, wurde vom Rostoder Arbeiterssekretariat beim Ministerium des Innern Beschwerde erhoben. Dabei wurde noch besonders darauf verwiesen, daß die Gewährung von Unterstützungen durch die Gewerkschaften von deren finanziellen Mitteln abhängt. Diese seien sich aber ausdrücklich zuwähren aus den Beiträgen der Mitglieder. Diese Beiträge sind aber nach der Rostoder Verordnung über die Einkommensteuer ein Teil jenes Einkommens, das die Arbeiter versteuern müssen; solche Beiträge könnten sie nach jener Verordnung von ihrem Einkommen nicht in Abzug bringen. Soll nun die aus den versteuerten Beiträgen zusammengeführte Streitunterstützung als steuerpflichtiges Einkommen gelten, so ergibt sich, daß ein Teil des Einkommens der Arbeiter zweimal besteuert wird. Trotz dieser klaren Darstellung wurde die Beschwerde des Arbeiterssekretariats vom Ministerium abgewiesen. Es soll nunmehr die Entscheidung des medizinischen Staatsministeriums angerufen werden. Das soziale Finanzministerium hat entschieden, daß die Streitunterstützung nicht versteuert werden braucht.

Zur Reform der Berginspektion.

Was ein „reichstreu“ Blatt schreibt.

Nicht um dagegen zu polemisiieren, das ist unnötig, weil der Artikel schreibt sich selbst genügend brandmarkt, sondern nur um unseren Lesern einen Blick „auf die andere Seite“ zu ermöglichen, sei folgend abgedruckt, was der „reichstreu“ Bergbote für die Großhafte Mansfeld“ über die Ursachen von Grubenbränden und Explosionsen schreibt. Der „reichstreu“ Bergbote“ schreibt:

Die Sozialdemokratie handelt daher höchstwillig und unwohl, wenn sie die Urheber (ist nie von uns, auch nicht von der Sozialdemokratie) behauptet werden. (R. Red. der Bergarbeiter-Zeitung) von Bergwerksunfällen in den Reihen der Arbeitgeber und der Aufsichtsbehörden sucht. Im Gegenteil kann mit Recht gesagt werden, daß die durch die sozialdemokratische Verherrlung herbeigeführte Minderung und Abschüttung des Pflicht- und Garantievertragsvertrags in Arbeitereien geht ungünstig auf die Betriebsicherheit einwirken muss.“

Diese Sache bringt der „reichstreu“ Bergbote“ sogar in auffallender

Berggesetzgebung und -Verwaltung.

Zur Abänderung des sächsischen Berggesetzes wird berichtet: Die erste Deputation der ersten Ständekammer hat sich seit Wochen mit dem mit Königlichem Dekret Nr. 21 vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung und Ergänzung des allgemeinen Berggesetzes und mit dem dazu eingegangenen Petitionen beschäftigt und nunmehr nach Abschluss der Beratungen darüber einen 188 Seiten umfassenden Bericht herausgegeben. Die Deputation hat an dem Regelungsentwurf eine Reihe von Abänderungen vorgenommen und Ergänzungen hinzugefügt und beantragt, die Kammer wolle beschließen, die Ministerien der Finanzen, des Justiz und des Innern zu erinnern, eine neue Fassung des allgemeinen Berggesetzes und aller daraus bezüglichen Ergänzung- und Abänderungsgesetze unter neuer Nummerierung der Paragraphen in fortlaufender Reihenfolge im Verordnungswege zu erlassen. Die Verordnung ist im Gesetz- und Verordnungsblatt zu veröffentlichen und der nächsten ordentlichen Ständeversammlung zur Kenntnis vorzulegen. — Hoffentlich wird diese Sache beschleunigt und dabei auch den Wünschen der Bergarbeiter Rechnung getragen.

Aus den Bergsiedlgerichten.

Delitzsch. Sitzung vom 16. März. Vorsitzender Dr. Weigelt aus Freiberg; Beisitzer stellvertretender Herzog-Gersdorf, Obersteiger Ohlyer-Delitzsch aus der Mitte der Arbeitgeber, Blümnerling Blümner und Obersteiger-Delitzsch aus der Mitte der Arbeitnehmer. Zur Verhandlung standen eins Klagesachen. 1. Die Berufung des früheren Bergarbeiters Wehlhorn-Bischöfchen gegen die Allgemeine Knappenschafts-Pensionskasse um Gewährung der Invalidenrente, wurde nach Belehrung des Vorsthenden zurückgezogen, da Wehlhorn nicht als Nachlass des Vorsthenden nach ärztlichen Gutachten Professors Dr. Windscheid, Dr. Gorch und Maißner betrachtet werden kann, sondern nur als Berufskrankheit, hier aber die staatliche Wartezeit (200 Beitragswochen) nicht erfüllt sind, sondern nur 104 Wochen inl. der 52 Krankenwochen, welche Wehlhorn in dieser Dienstzeit hatte. Der Vorsthende der Allgemeine Knappenschafts-Pensionskasse Bergrat Scheibner erklärte aber das Heilversprechen zu gestalten und Wehlhorn in einer Sanktifikation auf Kosten der Kasse unterzubringen. — Gleichzeitig legte Wehlhorn Berufung ein gegen die Berufsgenossenschaft Sektion VII. Wehlhorn erlitt im Jahre 1904 auf Berufsglück einen Unfall, Quetschung der rechten Brustseite, Kläger beantragt die ihm gesetzlich zustehende Rente, die Höhe der Rente stellte er dem Schiedsgericht anheim. Nach vorgelegten ärztlichen Gutachten der oben genannten sowie das Gutachten Dr. med. Pape aus Hartenstein, welche den Kläger nach dem Unfall behandelt, wird die Berufung zurückgewiesen, das Schiedsgericht stützt sich hauptsächlich auf das Gutachten Professors Dr. Windscheid-Leipzig. — 3. Hauer Köhler aus Wohlitz klagte gegen die Berufsgenossenschaft Sektion VII um Fortgewährung der bisher bezogenen Rente. Köhler erlitt am 8. Dezember 1909 einen Unfall auf Delitzscher Bergbaugewerkschaft, er bezog bisher 15 Prozent Rente, die Berufsgenossenschaft beantragte Einschränkung der Rente. Die Berufung wird zurückgestellt, laut Gutachten Dr. Billing-Lue, welcher keinerlei Erwerbstätigkeit finden konnte. — 4. Die Berufsgenossenschaft beantragt die Gewährung der Rente des Hauers Härtel-Delitzsch einzustellen, da die Folgen des Unfalls laut ärztlichen Gutachten bestätigt sind und Härtel in seiner Erwerbstätigkeit nicht mehr gehindert ist. Härtel ist einerstanden und wird vom 1. April 1908 der Kläger der Rente eingestellt. — 5. Der Tagesarbeiter Karl Dittrich-Delitzsch erlitt am 19. Januar 1907 auf Berufsglück einen Unfall, Bruch des rechten Armes, er bezog bis jetzt 20 Proz. Rente, die Berufsgenossenschaft beantragt nach Einschätzung des Gutachters Dr. Bassenge-Delitzsch Herauszug der Rente auf zehn Prozent. Nach weiterer Verhandlung beschließt das Schiedsgericht weiteres ärztliches Übergutachten einzuhören.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Rheinisch-Westfälisches Kohlen-Syndikat in Essen. Der rechnungsmäßige Kohlenabsatz des Syndikats betrug im Februar 1908 bei 25 (s. V. 28%) Arbeitstagen 6 010 254 To. (5 555 555 To.) oder arbeitsfähig 240 414 To. (222 850 To.) Er hat sich somit gegen denselben Monat des Vorjahrs insgesamt um 856 700 To. oder arbeitsfähig um 17 558 To. oder um 7,88 Proz. gehoben. Von der Beteiligung, die sich im Februar d. J. auf 6 456 900 To. (5 884 011 To.) stellte, sind demnach bei einer gegen das Vorjahr um 572 840 To. höhere Besserung 93,08 Proz. (87,55 Proz.) abgesetzt worden. Der auf die Beteiligung auszurechnende Absatzbalk betrug bei 29 (28) Arbeitstagen 1 020 280 To. (995 500 To.) gleich 91,16 Proz. (98,27 Proz.) der Beteiligung oder arbeitsfähig 85 182 To. (85 554 To.), der Brikettabsatz bei 25 (23%) Arbeitstagen 270 541 To. (202 240 To.) gleich 102,00 Proz. (91,74 Proz.) Der Kohlenabsatz hat sich demnach gegen den gleichen Monat des Vorjahres um 7,88 Proz. gehoben, trotzdem werden Lohn- und Gedrängelzulagen vorgenommen und vielfach Feuerschichten eingelegt. Wer will da noch daran zweifeln, daß wir in der besten aller Welten leben?

Entwicklung des rheinisch-westfälischen Bergbaus.

Der Bergbausitz ist eine durch Herrn Dr. Jüngst bearbeitete Statistik der Bergwerksindustrie im Oberbergamtsgesetz Dortmund veröffentlicht worden. Es wird die Kameraden gewiss interessieren, die Verteilung der Industrie auf die einzelnen Reviere genau kennen zu lernen. Wir entnehmen daher dem Werksbericht folgende Daten:

Bergrevier	1903	Steinkohlenförderung				
		1904	1905	1906	1907	
	1907	To.	To.	To.	To.	To.
Hamm	7	222 378	321 216	396 210	293 706	580 417
Dortmund I.	14	3 522 117	3 573 643	3 348 831	3 870 334	3 929 098
" II.	13	4 367 654	4 624 390	4 544 068	5 306 053	5 568 697
" III.	4	4 884 816	4 451 591	4 160 632	4 616 391	4 801 216
O.-Recklingh.	8	3 546 881	3 890 759	3 959 285	5 189 122	5 460 841
W.-Recklingh.	8	3 820 564	4 057 776	4 067 051	4 961 858	5 152 245
Witten	2	733 598	2 888 078	2 596 251	2 913 100	3 091 136
Hattingen	17	2 423 891	2 626 128	2 564 805	2 902 392	2 911 209
S.-Bochum	10	2 401 691	2 370 035	2 088 358	2 358 298	2 533 530
N.-Bochum	6	3 851 466	3 706 099	3 807 337	4 394 932	4 655 450
Herne	8	4 465 850	4 481 790	4 257 050	5 207 073	5 387 770
Gelsenkirchen	6	4 485 853	4 518 698	4 242 599	5 011 890	5 007 771
Wittenbergh.	5	4 449 988	4 386 932	4 102 852	4 582 870	4 747 630
Ost-Esen	5	4 100 830	4 289 109	4 203 280	4 939 074	5 158 180
West-Esen	7	5 190 157	5 171 976	5 024 874	6 058 677	6 503 971
Süd-Esen	15	3 969 083	4 206 326	3 892 105	4 385 304	4 762 986
Werdan	9	660 454	638 048	641 681	715 738	738 530
Overhausen	3	6 592 324	7 386 097	7 476 992	4 387 155	4 436 383
Duisburg	3	—	—	—	4 771 727	4 688 579
E.A.-L.-Rev.	164	64 689 594	67 533 681	65 378 531	76 811 054	80 182 647

Bergrevier	1903	Bergbau					Förderanteil eines Arbeiters
		1904	1905	1906	1907	1906	
		To.	To.	To.	To.	To.	

Metallarbeiterverbandes geschaffen worden sei. Die Firma habe sich bereits versöhnlich dem Verein 5000 M. als Geschenk zu überlassen. Sie würde die Gelben auch weiter unterstüzen, soweit das möglich sei. Über den Verlauf der "Versammlung" an dieser Stelle zu berichten, halten wir nicht für notwendig. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß mancher der Anwesenden den Schluss der Schlusrede für das Vernünftigste hielten wird, was in der ganzen "Versammlung" gesprochen worden ist. Der Gruß lautete nämlich: "Meine Herren, treuen Sie aus, ich bezahle noch eine Runde!" Daburch entstand der Fabrik freilich keine große Ausgabe, denn die Anwesenden waren mittlerweile auf 25 Mann zusammengeschmolzen.

Internationale Rundschau.

Arbeiterorganisationen in Italien. Nach der amtlichen Statistik hat die italienische Gewerkschaftsbewegung einen Anwachs an Macht erfahren. Die Zahl der Arbeiterkammern, die im ersten Halbjahr 1900 82 hießen mit 2782 Sektionen, ist auf 85 mit 2974 Sektionen angewachsen. Vom erstenen ist der Zuwachs an Mitgliedern. So zählte der Piemont im vorherigen Jahre 19.677 Mitglieder und hat deren Zahl heute auf 31.748 erhöht, in der Lombardei stieg die Zahl von 38.254 auf 46.074, in der Emilia von 118.953 auf 151.622, in Campanien von 12.708 auf 10.848, in Toscana von 18.608 auf 27.084, in Apulien von 11.226 auf 16.419 und schließlich in Sizilien von 11.104 auf 20.739. Stationär geblieben sind die Arbeiterkammern von Ligurien, den Marchen und Calabrien; einen Rückgang zu verzeichnen haben die Arbeiterkammern von Venetien (von 16.228 auf 11.840) und vom Latium (von 11.848 auf 8.001). Am ganzen ist ein Anwachs von 208.440 auf 302.880 zu verzeichnen. Die Finanzierung nach kommt die Arbeiterkammern von Mailand an erster Stelle; dank dem hohen Zuschuß der Stadtverwaltung hat sie ein Jahreseinkommen von 47.000 Kre. Eigene Arbeitsnachweise haben 40 Kammern (20 im Vorjahr), eigene Rechtsauskunftsstellen 63 (50), eigene Notzettel 41 (38), Fortbildungsschulen 80 (28), Bibliotheken 40 (38). Ein geringerer Anwachs haben die zentralisierten Gewerkschaften aufzuweisen, deren Mitgliederzahl von 178.838 auf 204.271 anwuchs. Besonders die Gewerkschaften der Bauarbeiter, der Eisenbahner, der Arbeiter in chemischen Industrien, der Glas-, und Porzellanarbeiter, der Textilarbeiter und Schuhmacher haben Fortschritte gemacht, während allein der Verband der Seefahrer, wohl als Niedrigstzal auf den unglücklichen Streik dieses Jahrs, an Mitgliederzahl verloren hat.

Deutsches Gewerkschaftskartell in Frankreich. Zu Paris haben die deutschsprachenden Sektionen der französischen Gewerkschaften ein Gewerkschaftskartell gegründet. Bissher traten diesem Kartell bei den Metallarbeiter, Holzarbeiter, Gastwirtsgesellen, Sattler, Portefeuillier.

Knappischaffliches.

Vorstandssitzung des Allgemeinen Knappischafftvereins vom 12. März 1903. — Ein Beschluss des Vorstandes vom Oberbergamt-Kommissar annulliert. — Wirkung des Zwangstatutes oder eine geänderte Ansicht?

Zur Klärung der Sache diene folgendes: Die Krankenhäuser haben etwa seit Jahresfrist eine höhere Bezahlung für den Tag der in Krankenhäusern untergebrachten Mitglieder gefordert. Bis dahin wurden pro Tag in der Regel zwei Mark bezahlt, jetzt bewegen sich diese Sätze von 2 M. bis 2,50 M. pro Tag. Die Erhöhung des Satzes über 2 M. wurde im Aufsehen der besseren und modernen Einrichtung im sanitären Sinne bewilligt. Bei dem höheren Satz hatte die Verwaltung vorausgesehen, daß den unverheiraten Mitgliedern, welche in Krankenhäusern behandelt wurden, ein höherer Satz als der bisher übliche als Pflegestunden in Abrechnung gebracht wurde. Der bis dahin übliche Satz war 1,50 M. pro Tag. Die Steigerung ging bis zu 2 M., ja nochmehr, welcher Satz den Krankenhäusern gezahlt wurde. Den Verhältnissen wird vor wie nach die Hälfte des Krankengeldes bei Krankenhausbehandlung gewährt und besteht hierbei keine Streitsache. Zugleich der Unverheiraten wurde von der Werksbesitzerseite geglaubt, daß eine Änderung einzutreten habe, besonders mit Rücksicht auf das Zwangstatut. Die Arbeitervertreter waren darüber anderer Ansicht und vertreten den Standpunkt, daß auch heute noch der Satz von 1,50 M. genüge, weil die Mehrkosten für Krankenhauskosten auf bessere sanitäre Einrichtungen begründet werden seien, sie daraufhin die Mehrkosten bewilligt hätten. Bei dem Gedanken, für leidliche Verpflegung den Krankenhäusern mehr zu zahlen und mit der Mehrzahlung die Mitglieder zu beladen, war es fraglich, ob sie den jüngsten Krankenkosten hätten aufzunehmen können. Die jüngste Frage bildet das Wort Krankenhauspflegestunden. Die alten Sitzungen S. 18 Absatz 3 sind mit dem Zwangstatut S. 19 Absatz 3 gleichlautend. Welche lautet wörtlich: "Den im Krankenhaus untergebrachten Mitgliedern, welche nicht den Unterhalt von Angehörigen zu bestreiten haben, soll der nicht durch Krankenhauspflegestunden verbrauchte Unterschied in der Teil des Krankengeldes erstattet werden." Zur Auslegung der Sitzungen hatte der Vorstand grundlegende Beschlüsse gefasst, die in einer Sammlung zusammengestellt sind und besonders den Geschäftsausschüssen zu den Beratungen dienten. In der Sammlung grundlegender Beschlüsse heißt es zu S. 18 der alten Sitzung:

"Von den mit dem 1. Januar 1902 auf 2 M. täglich erhöhten Krankenhauspflegestunden sind als eigentliche Pflegestunden 1,50 M. und als Kosten für Kur und Arznei 0,50 M. zu betrachten und in Abrechnung zu bringen. (Beschluß vom 4. Februar 1902.)"

Dieser Beschluß ist bisher noch nicht aufgehoben. Es war somit fraglich, ob die Verwaltung das Recht hatte, über den Betrag von 1,50 Mark hinzu die Pflegestunden in Ansatz bringen zu lassen. In den Ausschusssitzungen wurde seitens der Arbeitervertreter darauf hingewiesen, daß die Verwaltungsnachrichte nicht zutreffe, aber auch die Verwaltung selbst hatte ein Interesse daran, die Angelegenheit klären zu lassen, besonders auch zugleich des Zwangstatutes. Es wurde dann die Frage dem Ausschuss zur Prüfung vorgelegt. Derselbe verhandelte darüber in der Sitzung am 30. Dezember v. J. Diese Frage lautet:

"Welcher Betrag soll den ledigen Mitgliedern, die in Krankenhäusern untergebracht sind, denen der erhöhte Pflegesatz gewährt wird, um Krankengeld gefürzt werden?"

Nach dem Protokoll über die Ausschusssitzung ist darüber folgendes gesagt:

"Am 4. Februar 1903 hat der Vorstand beschlossen, daß von dem für Unterbringung im Krankenhaus aufzuhwendenden Betrage an Kosten für Kur und Arznei 50 Pf. und der Rest als Kosten der Verpflegung zu rechnen sind, sodass, wenn der Pflegesatz in einem Krankenhaus 2 M. beträgt, hierzu 50 Pf. für die Bezahlung der gewährten ärztlichen Behandlung und Medikamente und 1,50 M. als Ertrag für Verpflegung zu rechnen sind."

Gemäß S. 13 Absatz 2 der Sitzungen wurden also den nicht verheiraten Mitgliedern die Differenz zwischen dem Krankengelde und 1,50 M. erstattet. Auch in dem Falle, in welchem ein höherer Pflegesatz als 2 M. zu zahlen ist, ist dem Verpflegten nur der Betrag von 50 Pf. für Kur und Arznei gutgebracht, die Erhöhung des Pflegesatzes also dem Verpflegten zur Last gelegt worden."

Es wird nun darauf hingewiesen, daß die Erhöhung des Pflegesatzes in den Krankenhäusern im wesentlichen damit motiviert worden ist, daß diese Krankenhäuser bessere Einrichtungen für die Behandlung, insbesondere medikomechanische Behandlung, Bäder, Röntgenapparate usw. besitzen, daß also in diesen Krankenhäusern die reine Verpflegung sich nicht geändert, wohl aber die ärztliche Behandlung besser geworden ist.

"Unter diesen Umständen erscheint es nicht unbillig, die Mehrkosten der Verpflegung auf die Knappischafftkasse zu übernehmen, sodaß für die leidliche Verpflegung in allen Fällen gleichmäßig nur der Satz von 1,50 M. in Abrechnung kommt."

Auf Grund dieser Ansicht im Ausschuss schlug derselbe dem Vorstand vor:

"Vom 1. Januar 1903 ab gleichmäßig sämtlichen Mitgliedern, die nicht unterhalb von Angehörigen zu betreuen haben, 1,50 M. für Verpflegungsosten am Krankengelde zu kürzen."

Dieser Vorschlag fand seine Mehrheit in der Vorstandssitzung am 9. Januar v. J., weil er seitens der Werksbesitzer, besonders aber von Weidmann bekämpft wurde, infolgedessen ergab die Abstimmung Stimmengleichheit, weil die Werksvertreter dagegen stimmten. Damit war nun eine nochmalige Abstimmung erforderlich geworden, die in der Februar-Sitzung erfolgen sollte. In dieser Sitzung wurde die Abstimmung nochmals dem Ausschuss überwiesen. Der Ausschuss befürwortete sich in der Sitzung am 3. März wiederum mit der Sache. Auch hierbei soll das Protokoll über diese Sitzung selbst sprechen:

"Ein Ausschussmitglied — Herr Klein — hält mit Rücksicht auf die Bestimmung des S. 19 Absatz 2 — Zwangstatut — der Sitzung, wonach der nicht durch die Krankenhauspflegestunden verbrauchte Über-

schiedende Teil des Krankengeldes erstattet wird, es für zwecklos, ob ein Unterschied zwischen den Kosten der leidlichen Verpflegung und den Kosten für Kur und Arznei gemacht werden könnte. Von einem Arbeitervertreter wird entgegengestellt, daß bezüglich der statutarischen Bestimmungen gegen früher eine Änderung nicht eingetreten und es deshalb recht und billig sei, es bei dem früheren Vorstandsschluß zu belassen, umso mehr als ein erwachsener Arbeiter auch jetzt sehr wohl für den Betrag von 1,50 M. täglich oder 45 Pf. monatlich kost und Wohnung erhalten. Schließlich führt es zu Unzuträglichkeiten, wenn ledigen Mitgliedern nicht ein einheitlicher Satz in Abzug gebracht werde. Neuerst nämlich sei es zum Beispiel, daß den in katholischen Krankenhäusern am Herren verpflegten ledigen Mitgliedern 2 M. dagegen den in evangelischen Krankenhäusern verpflegten nur 1,50 M. gestattet wurde, obwohl die Verpflegung in dem erstenen Krankenhaus nicht besser sei. Die Erhöhung des Pflegesatzes sei ja auch damit begründet worden, daß die größeren Krankenhäuser besser eingerichtet seien als medikomechanische Behandlung, Röntgenapparate, Röntgenstrahl usw."

Der Ausschuss schlägt in Erwägung aller dieser Umstände dem Vorstand vor, bis auf weiteres den im Krankenhaus verpflegten Mitgliedern, welche nicht den Unterhalt von Angehörigen zu betreuen haben, 1,50 M. für jeden Tag am Krankengelde zu kürzen."

Dieser Vorschlag des Ausschusses wurde in der letzten Vorstandssitzung von dem Vorsitzenden Weidmann sowie dessen ersten Stellvertreter Kleine — Sprecher der Werksvertreter in der Generalversammlung bei Beratung über das Knappischafftstatut — bekämpft. Kleine mit denselben Argumenten, wie bereits vorher angegeben. Ebenso auch Weidmann, der auf die Tenerung der Lebensmittel hinwies und erwähnte, daß die Unverheiraten besser gestellt würden, wie die Verhältnisse.

Der Ausschuss schlägt in Erwägung aller dieser Umstände dem Vorstand vor, bis auf weiteres den im Krankenhaus verpflegten

Satz auf 1,50 M. für jeden Tag am Krankengelde zu kürzen. Die Abstimmung ist so abgewogen, daß die Mehrheit der Werksvertreter, sowohl diejenigen, welche nicht auf den Sachverhalt bestehen, aufzunehmen, da im anderen Falle nichts des Vorstandes halber, sondern wegen Nicht-aufnahme der Verpflichtungen bestraft werden können.

Wir befinden uns also in einer Verpflichtungslage gegenüber in der Notwehr und sind gezwungen, vom Rechte her Notwehr, so sehr wie es Verpflichtungen, welche nicht auf den Sachverhalt bestehen, aufzunehmen, da im anderen Falle nichts des Vorstandes halber, sondern wegen Nicht-aufnahme der Verpflichtungen bestraft werden können.

Ruhrevier.

Beche Almala bei Werne. Der größte Teil der Belegschaft wohnt in den Kolonien und ist noch sehr rückständig. Holzangel ist stets vorhanden, sobald sich die Steiger sogar das Holz gegenseitig abstreichen müssen und sich darum häufig lästig machen. Die Abortkübel stehen drei bis vier Wochen voll und verderben die Luft. Die Kampten könnten auch besser in Ordnung gehalten werden. Das Fudeln am Schachte steht auch in Ulze, sogar Herren vom Arbeiterausschuß sind dabei. Das Strafen wird im Jahre 1910 so gehandhabt, daß die Belegschaft im Jahre 1909 nicht zu arbeiten braucht, dann gibt's Unterstützung. Der Verwaltung der Beche möchten wir dringend raten, die Mühlände zu bebauen und nicht das Gedinge auf einmal um 40 Pfennig pro Wagen zu reduzieren.

Beche Carolus Magnus. Während bisher auf dieser Beche die zahlreich arbeitenden Verbandsmitglieder meinten, die Verwaltung sei ähnlich human, zeigt sich jetzt ganz deutlich daß die humane Behandlung nur durch den dort stets grässlernden Arbeitermangel hervorgerufen war. Auch die Gewerbevereinsmitglieder sehen immer mehr ein, daß das neue Vergesetz doch nicht so schön sei wie ihnen im verschwommenen Wahlkampf vorgegaengt wurde. Es ist wohl keine Beche, die derartig rigoros strokt wegen Förderns unreiner Kohlen, wie obige Beche. Es vergeht fast kein Tag wo nicht das schwere Breit oder belastet ist mit Strafzetteln. So prangt am 18. März wieder ein Anschlag, wonach der Hauer mit je 5 M. bestraft wird, wegen Förderns unreiner Kohlen. Strafen von 1,50 M. bis 2 M. sind durchweg ganz und gar. Zu bemerken ist noch, daß obige vier Hauer zum erstenmal bestraft wurden. Beche Carolus Magnus hat fast durchweg derartige Dreckstücke und niedrige Gedinge, daß es nicht möglich ist, keine Kohlen zu liefern. Viel gelingt wieder über die miserale Qualität der Braunkohlen, die den Bergleuten aus den schlechtesten Bildern verfolgt werden. Wir wollen uns für heute auf diese Mühlände beschränken, sollte unsere Kritik jedoch nicht helfen, werden auch die bergpolizeilichigen Zustände unter Tage mal ganz gründlich beleuchtet werden.

Beche General. Mit Verpflichtungen werden Mühlände nicht aus der Welt geschafft, sonst hätten die Arbeiter hier über nichts zu klagen. Mit Verpflichtungen ist diese Beche immer schnell bei der Hand, dabei nimmt man es mit der Wahrheit nicht allzu genau. So entpuppt sich die Verpflichtung in unserer Nr. 10 im wesentlichen nicht den Tatsachen und wir müssen ihr gegenüber die in Nr. 9 unserer Zeitung gemachten Angaben aufrecht erhalten. Im Neuer des sonst sehr schnellen Steiger-Weins steht es mit den Fahrstühlen sehr traurig aus. Im Süß-Sonnenstein kann man nur mit Lebensgefahr die Fahrten benutzen, weil dieselben nur sehr ungünstig, an zum Teil faulen Stufen bestellt sind. Kann man nach Ort II, so muss man schwimmen können, um nicht das Wasser weggetrieben zu werden. Im Januarvolumen bestand ist auch der Fahrtshacht in der zweiten Abteilung; wenn man die legenden fünf Fahrten passiert, steht das Wasser darunter herunter, doch einem fast der Stein vergeht. Zugem sind auch die Kohlen- und Besteinstützen darin angebracht und nur sehr oberflächlich und ungünstig bestellt. Von der dritten bis zur siebten Sohle, am Fahrstuhl herunter, steht kein einziger Abortkübel. — Ob Beche General jetzt wieder den Mut besitzt, uns eine nicht aufzurüttende Verpflichtung zu schicken?

Beche Helene und Almala. Hier prangt am 16. März folgender Anschlag am schwarzen Brett: "Wegen Einschränkung der Kohleproduktion werden folgende Arbeiter gestraft." Es folgen dann 14 Namen. Es machen sich allmählich die Anzeichen der kommenden Krise bemerkbar. Sonderbar ist, daß auf genannter Beche jeden Mittwoch einheimisch und jeden Samstag eine ganze Förderdienst (Leberverschiff) vorgenommen wird.

Beche Rhein-Eibe (Schacht I und II). Ein allgemeiner Wohnabzug resp. Gedingeroduzierung ist hier seitens der Steiger und Fahrsteiger im Auftrag des Betriebsführers angekündigt worden. Selbst an solchen Betriebspunkten, wo bis dahin noch kein ordentlicher Wohnverdienst werden konnte, sollen Gedingeroduzierungen eintreten. Auch ist 22 Arbeiter gestraft worden und erhalten dieselben zum 1. April die Abfehr. Es liegt doch wahrscheinlich kein Grund zu solchen Maßregeln vor, da doch die Kohlenpreise noch auf derselben Höhe stehen, auch sind die Lebensmittelpreise und die Miete darunter in die Höhe gegangen, daß ein Familiendienst kaum auszutunnen weiß. Wir fragen hiermit die Gehirnverwaltung, wo das eigentlich hinführen soll? Ober will man die Belegschaft mit Gewalt provozieren?

Beche Bey. Wiendahlshausen. Ein arger Mühlstand bildet auf diesem Platz die fortwährende Lohnkürzung. Allerdings werden auch noch Löhne gezahlt, die man gute nennen kann, aber das sind Ausnahmen; größtenteils ist die Leute auf das was ihnen der Steiger schreibt angedient. Die allgemeine Zahl der derzeitigen Gedinge sind die niedrigsten Löhne verdienten, haben mit den ungünstigsten Verhältnissen zu kämpfen, oder man sieht den Dienst so niedrig, daß dieselben nichts verdienen. So auch im Neuer 8 Steiger 8. Am 4. März kamen zwei höhere Beämte in Begleitung des Herrn Betriebsführers, aber kaum war der Vergnügungsgruß ausgesprochen, da schoss es auch schon im Kasernenhof: "Ihr butiert wohl nach Kommando, ollerwärts wo man kommt sind die Leute am butieren, das ganze Neuer ist am Buttern". Soll denn auf genannter Beche die Belegschaft ihre Schicht verfahren ohne ihr Butterbrot zu verzehren? Was aber war die Folge davon daß mehrere Kumpels zusammenfanden und ihr Butterbrot verzehrten?? die Kumpels müssten dafür 10 bis 20 Pf. pro Woche Kohlen vom Gedinge einbüßen. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Löhne besser reguliert würden, aber nicht nach unten, denn die heutigen Kohlenpreise rechtfertigen in keiner Weise einen Sinken der Löhne. Das reinigen der Abortkübel kostet viel zu wünschen übrig. Im Neuer 8, wo die Leute einige Fahrten steigen müssen, um an einen solchen Kübel zu gelangen, kommt es nicht selten vor, daß sie wieder umkehren müssen, ohne ihre Röldurst verrichtet zu haben. Auch das Strafsystem steht hier in voller Blüte, aber wie es mit der Unterführungskasse aussieht, wo die vielen Strafzettel hineingeschmissen, darüber wird nichts bekannt gegeben, trotzdem es die Belegschaft dringend nötigt. Am 16. März wurde wegen Mangel an Absatz gefestigt, d. h. nicht für alle Kameraden war Mangel an Absatz da. Wurden doch am genannten Tage eine ganze Zahl Leute wiederum und vollsezen. Wir fragen nun die Verwaltung, was bedeutet ein solches Vorgehen? Soll das etwa nur Schikanen sein? Wie meinen, wäre ein wirklicher Mangel an Absatz vorhanden, so brauchte man doch nicht einen Teil der Belegschaft feiern lassen, während der andere vollsezen kann.

Beche Bey. Wiendahlshausen. Ein arger Mühlstand bildet auf diesem Platz die fortwährende Lohnkürzung. Allerdings werden auch noch Löhne gezahlt, die man gute nennen kann, aber das sind Ausnahmen; größtenteils ist die Leute auf das was ihnen der Steiger schreibt angedient. Die allgemeine Zahl der derzeitigen Gedinge sind die niedrigsten Löhne verdienten, haben mit den ungünstigsten Verhältnissen zu kämpfen, oder man sieht den Dienst so niedrig, daß dieselben nichts verdienen. So auch im Neuer 8 Steiger 8. Am 4. März kamen zwei höhere Beämte in Begleitung des Herrn Betriebsführers, aber kaum war der Vergnügungsgruß ausgesprochen, da schoss es auch schon im Kasernenhof: "Ihr butiert wohl nach Kommando, ollerwärts wo man kommt sind die Leute am butieren, das ganze Neuer ist am Buttern". Soll denn auf genannter Beche die Belegschaft ihre Schicht verfahren ohne ihr Butterbrot zu verzehren? Was aber war die Folge davon daß mehrere Kumpels zusammenfanden und ihr Butterbrot verzehrten?? die Kumpels müssten dafür 10 bis 20 Pf. pro Woche Kohlen vom Gedinge einbüßen. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Löhne besser reguliert würden, aber nicht nach unten, denn die heutigen Kohlenpreise rechtfertigen in keiner Weise einen Sinken der Löhne. Das reinigen der Abortkübel kostet viel zu wünschen übrig. Im Neuer 8, wo die Leute einige Fahrten steigen müssen, um an einen solchen Kübel zu gelangen, kommt es nicht selten vor, daß sie wieder umkehren müssen, ohne ihre Röldurst verrichtet zu haben. Auch das Strafsystem steht hier in voller Blüte, aber wie es mit der Unterführungskasse aussieht, wo die vielen Strafzettel hineingeschmissen, darüber wird nichts bekannt gegeben, trotzdem es die Belegschaft dringend nötigt. Am 16. März wurde wegen Mangel an Absatz gefestigt, d. h. nicht für alle Kameraden war Mangel an Absatz da. Wurden doch am genannten Tage eine ganze Zahl Leute wiederum und vollsezen. Wir fragen nun die Verwaltung, was bedeutet ein solches Vorgehen? Soll das etwa nur Schikanen sein? Wie meinen, wäre ein wirklicher Mangel an Absatz vorhanden, so brauchte man doch nicht einen Teil der Belegschaft feiern lassen, während der andere vollsezen kann.

Beche Zollverein, Schacht I u. II. Ein sehr großer Nebelstand ist es hier, daß der Pferdetreiber beim Schichtwechsel mit ihren Pferden am Füllort vorbeikommen. Damit ist für die am Schacht stehenden Bergarbeiter eine große Gefahr verbunden, denn häufig kommt es vor, daß ein Pferd hinstürzt und seine Umgebung gefährdet. Mit den Pferden könnte überhaupt auch besser umgegangen werden. So geht z. B. in Strecke 10 ein Schimmel, der im Monat 17—19 überstiegen machen muß und nicht einmal regelmäßig gefüttert wird. Wir meinen, daß ist ein grade standhafter Zustand. Der Steiger aus diesem Neuer scheint auch sehr unter der Fuchtel von oben zu stehen, besonders bei der Abnahme kommt er häufig in Begleitung eines höheren Beamten. Haben die Leute wenig verdient, werden sie bislang angelassen, wenn auch die Verhältnisse schlecht sind. An Straßen fehlt es ebenfalls nicht, dazu gehört der Arbeiterausschuß. Kürzlich waren einige Kameraden den oberen Sohlen am Vortag etwas früher herausgeleckt und wurden dafür mit einer halben Schicht bestraft. Dieses war das Werk eines christlichen Ausschusmitgliedes. Wenn man sich bei der Abnahme kommt er häufig in Begleitung eines höheren Beamten. Haben die Leute wenig verdient, werden sie bislang angelassen, wenn auch die Verhältnisse schlecht sind. An Straßen fehlt es ebenfalls nicht, dazu gehört der Arbeiterausschuß. Kürzlich waren einige Kameraden den oberen Sohlen am Vortag etwas früher herausgeleckt und wurden dafür mit einer halben Schicht bestraft. Dieses war das Werk eines christlichen Ausschusmitgliedes. Wenn man sich bei der

Über großen Salzmangel. So passierte es im März 24, daß die Arbeiter die Höhlen drei Meter wegnahmen ohne verbauen zu können, wodurch es an Sitz fehlte. Wie glauben aber nicht, daß der Steiger daran die Schuld trägt, der sonst sehr plausibel ist.

Oberbergamtssbezirk Bonn.

Ortsfeuerwehr Wellerhammer. Am 7. März stand hier wieder eine Staubexplosion statt, wobei drei Kameraden schwere Brandwunden erlitten und beim Spital überwiesen werden mussten. Derartige Explosions haben hier schon häufig stattgefunden, ohne daß durchgesehene Maßregeln, solche Unfälle zu verhindern, getroffen wurden. Wie uns von vielen Kameraden versichert wird, sollen die Schuhvorrichtungen höchstens mangelhaft sein, sodass man sich über die vielen Unfälle nicht zu wundern braucht. bemerkt muss noch werden, daß auf dem ganzen Werk keine Verlaubstüten angebracht sind und auch bei dem oben erwähnten Unfall, wo drei Kameraden schwere Brandwunden erlitten, waren nur sie zwei Kameraden Brandblinden vorhanden. Das sind wertlich „öfisische“ Zustände.

Grube Wachberg I. Am Nr. 88 unserer Zeitung aufgefordert, die Arbeiterdurchgesetzung etwas besser zu beachten. Zudem wir darauf hinzuweisen, daß die über 10 Meter hohe Absturzhölle von den Schloten aus ohne jedes Schutzgitter freilässt. Bis jetzt ist auf Grund unserer Anregung wortlosen an einer Seite ein Geländer angelegt worden. Wir sind der Ansicht, daß dieses einfache Geländer keine große Kosten verursacht; durch das Gleiche derselben kann aber leicht ein Mensch Leben vernichtet werden. Wir machen nochmals die Verwaltung darauf aufmerksam, darüber zu sorgen, daß an beiden Seiten ein Schutzgitter angebracht wird, ehe ein Kamerad sein Leben geflossen hat. Ob derartiges die Bergbehörde nicht sieht?

Zeche Rheinpreussen, Schacht I und II. Die Rieselfeldverschiebung in Tätigkeit.

Als vor kurzem die Grube Hanweiß aus Anlaß des sozialistischen Jubiläums eine Bechen-Feuerwehr gegründet, glaubten viele sozialistische Gewerkschaftsmitglieder, diese Woche diene dem Gemeinwohl und würde infolge der täglichen Schulung Vorsichtsmaßnahmen bei einem Brande verhindern, durch das Gleiche derselben kann aber leicht ein Mensch Leben vernichtet werden. Wir machen nochmals die Verwaltung darauf aufmerksam, darüber zu sorgen, daß an beiden Seiten ein Schutzgitter angebracht wird, ehe ein Kamerad sein Leben geflossen hat. Ob derartiges die Bergbehörde nicht sieht?

Zeche Rheinpreussen, Schacht I und II. Die Rieselfeldverschiebung in Tätigkeit.

Als vor kurzem die Grube Hanweiß aus Anlaß des sozialistischen Jubiläums eine Bechen-Feuerwehr gegründet, glaubten viele sozialistische Gewerkschaftsmitglieder, diese Woche diene dem Gemeinwohl und würde infolge der täglichen Schulung Vorsichtsmaßnahmen bei einem Brande verhindern, durch das Gleiche derselben kann aber leicht ein Mensch Leben vernichtet werden. Wir machen nochmals die Verwaltung darauf aufmerksam, darüber zu sorgen, daß an beiden Seiten ein Schutzgitter angebracht wird, ehe ein Kamerad sein Leben geflossen hat. Ob derartiges die Bergbehörde nicht sieht?

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Kalisalzbergwerk Breslauhöhe (fiskalische Mustergrube). Schon über sechs Jahre hat man hier abgeteuft und immer waren die Wenden der Geiselschäden stark genug, jetzt aber flossen sie auf einmal zu schwach aus. Notwendiger wäre schon, wenn sich die Bergbehörde einzumischen und die Fesseln beklommenen wollte. Kürzlich war der Bergmeister zur Revision eines Kessels, der außer Betrieb war, hier; trotzdem aber der Kessel schon 20 Jahre im Betrieb war, fand er ihn anscheinend durchaus in Ordnung, die im Betrieb befindlichen Kessel aber wurden nicht revidiert und doch wäre gerade dieses dringend notwendig. So ist es schon vorgekommen, daß Kessel abgefeuert werden müssen, weil die Speisewärmeleitung nicht funktionierte. Die Antreiber der Drittführer kann auch nicht mehr übertragen werden und wird nachgerade unerträglich. Das ist Vater Staat als Arbeitgeber.

Grube Maria I (Wohntorfer Kohlenwerk) in Reppisch. Der Berg-

inspektorenbericht für West-Sachsen vom Jahre 1906 hebt besonders hervor, daß die Unternehmer eine besondere Tätigkeit auf dem Gebiete der Arbeitsfürsorge und Arbeiterschaftsprälege im Jahre 1906 dadurch entfaltet haben, daß dieselben zur Selbstmachung der Belegschaft schöne und gesunde Arbeitserwohnungen gebaut haben. Wie wir über derartige Arbeitserförsorge denken und aus welchen Motiven heraus die Unternehmer solches tun, ist schon öfters klar gezeigt worden, sodass wir heute darauf verzichten können. Heute soll nur angeführt werden, daß, wenn die Wohnstätten für verheiratete Arbeiter nach dem Bericht des Revierbeamten in jeder Hinsicht als musterhaft hingestellt werden, es doch in den Wohnungen der ledigen Arbeiter, in den sogenannten Kantinen, geradezu grauenhaft aussieht. Wie sind der Ansicht, daß die ledigen, meistens importierte freudige Arbeiter auch als Menschen zu betrachten sind, welche Ansprüche daran haben, anständig wohnen zu können; was leider fast überall nicht der Fall ist. Besonders traurig Zustände sind in der Kantine Marie I der Wohntorfer Kohlenwerke in Reppisch vorhanden. Ungeheure Schmutz bedeckt dort den Fußboden, Papiersegen, Speisereste und anderer Unrat liegen wochenlang da herum, ohne daß jemand an eine Reinigung denkt. Die Fenster und Decken sind defekt, sodass die Arbeiter der Gefahr, verletzt zu werden, beständig ausgesetzt sind. Bettwäsche und Decken statten sehr oft von Schmutz, ja, es ist schon vorgekommen, daß Arbeiter ohne Strümpfe auf den bloßen Brettern mehrere Nächte haben kampieren müssen. Auch fehlt in der Kantine Trülwasser; wer Durst hat, muß Bier trinken, das natürlich von dem ohnehin schon nicht hohen Verdienst bezahlt werden muss. Vielleicht prüft der Herr Revierbeamte einmal diese nur im Interesse der Unternehmer geschaffenen sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen, ob dieselben den gesundheitlichen Ansprüchen entsprechen. Wie die Räume jetzt aussehen, sind für eher alles andere, als daß Wohnstätten für Menschen, noch dazu für dieselben Menschen, welche durch ihre Arbeit es ermöglichen, daß die Unternehmer sich mit allem Komfort umgeben können.

Arbeiter aus Notwehr zur Waffe greifen und ebenfalls mit Gummischläuchen bewaffnet zur Beute kommen? Daß diese russischen Zustände ohne Wissen der Verwaltung bestehen, glaubt niemand mehr. Wer liest der Feuerwehr die Gummischläuche? Beim Brände braucht man doch gewöhnlich ganz andere Sachen. Ein Fahrhauer äußerte in der Grube einem Kameraden gegenüber: Die Stiefel er kann auch Gummi in solcher Weise, wie die Feuerwehr vorgeht, so möchte der Fahrhauer, wäre ganz recht, so will er kämpfen, die Feuerwehr zu retten. Verschiedene Kameraden sind der Meinung, daß der Kammel russische Kultur beigebracht werden soll, und da es an Russen fehlt, so rettet die Feuerwehr an deren Stelle. Daß bei solchen Betriebsverhältnissen die Arbeiter noch ruhig bleibent, ist wirklich ein Gedanke einer gewissen Geschäftsbüro. Doch kann auch hier einmal der Wogen der Duldsamkeit überpannt werden. Und was dann? Ja, dann wird man selbstverständlich die Arbeiter als Aufrührer, als Scheiter, als Heiter, als Feuerwehrmannen und nach dem Staatsanwalt schreien. Kameraden, die hundertstatische Behandlung sollte doch allen der Organisation noch fernstehen zu denken geben und sie verauflasen, das Verkäufe nachzuholen. Sind wir alle im Verbund der Bergarbeiter Deutschlands organisiert, dann werden wir die Verwaltung schon klar machen, daß Werks-Rosaken und Gummischläuche abgewirtschaftet.

Grube Wachberg-Wilhelma. Am 12. März in der Nachschicht verunglimppte beim Tagebau der neuen Grube Wilhelma ein holländischer Arbeiter. Man braucht sich nicht zu wundern, daß die Unfallsträger von Jahr zu Jahr steigt. Die Ausbeutungsgabe des Kapitalismus fragt sehr wenig danach, ob einige Arbeiter mehr oder weniger das Leben lassen müssen. Es kostet den Unternehmer ja nur ein Stück Papier und ein Lederverkäufer (Agent) kommt wieder mit einem Transport ungelernter Arbeiter an. Nur diesem unhaltbaren Zustande ist es zu verdanken, daß der Kamerad verunglimppte. Derselbe war erst drei Monate im hiesigen Bergbau beschäftigt und hatte noch niemals beratige Arbeit geleistet. In der fraglichen Nacht, als das Unglück passierte, fehlte ein großer Teil der Arbeiter, sodass die Kohlenförderung nicht in gewohnter Weise vor sich gehen konnte. Hierdurch sah sich der Aufseher Klein veranlasst, in die holländische Kantine zu gehen, um dort einige Arbeiter aufzufordern. Der Bergungskräfte und noch ein Kamerad erhielten den Auftrag, ein Stolln, welches voll Kohlen lag, leer zu fördern. Da durch das anhaltende Regenwasser die Stohle angefeuchtet war, hatte sich dieselbe im Stolln festgesetzt, weshalb die Stohle durch eine eingehängte Kette zum weiteren trocknen gebracht werden sollte; aber das Stöcken an der Kette hat vielleicht auch nicht geholfen, worauf der Mann in das Stolln kletterte, um die Stohle loszumachen. Um 12 Uhr nachts kam nun der Genannte nicht zum Essen, aber trocken schlummerte man sich nicht um ihn; erst als er sich um 4 Uhr morgens nicht zum Vesper kam, sah man sich veranlasst, nach ihm zu suchen. Nach angestrengtem Nachgraben im Stolln fand man den Kameraden tot vor. Wie fragen nun: Hatte der Aufseher Klein nicht die Pflicht, nach solch einem ungerührten Arbeiter zu sehen? Es ist selbstverständlich, daß ein Arbeiter, der einigermaßen mit solcher Arbeit vertraut war, auf keinen Fall in das Stolln hineingegangen wäre, um die Stohle zu lösen. Um die Arbeiter vor solchen Unfällen zu bewahren, hat man jetzt eine Warnungsstafel angebracht, laut welcher das Loslassen der Stohle im Stolln lebensgefährlich ist und diese nur noch mittels einer langen Holzstange zum Rütteln gebracht werden darf. Wer ist nun schuld an diesem Unfall? Niemand anders, als das Unternehmertum, und zwar durch die Einstellung solcher Arbeiter, die nicht die mindeste Ahnung von der Gefährlichkeit dieser Arbeit haben. Warum hölt man nun die ungelehrten ausländischen Arbeiter heran? Dieses Rätsel hat uns der Bergrat zusätzliche gelöst, indem er feststellte: Mit dem Ausländer sei besser auskommen, welcher bedarfloser und keiner Organisation angegeschlossen sei. Der unorganisierte Arbeiter, sagt der Herr Bergrat mit diesen Worten, ist mir der liebste. Und warum wohl? Weil die Herren Unternehmer mit denselben umspringen können, wie ein Hund mit dem Bettelstock; weil sie ihn seiner nach Fleisch ausbeuten können und er sich alles gefallen lassen muss. Kameraden von Wachberg, sowie des ganzen Unterhessischen Braunkohlenreviers, treten Mann für Mann dem Verbund der Bergarbeiter Deutschlands bei, damit endlich auch hier einmal einigermaßen menschliche Arbeiterverhältnisse geschaffen werden können. Wir sind es uns selbst und unseren Nachkommen schuldig, bessere Verhältnisse zu schaffen. Das kann aber nur geschehen, wenn wir uns stark organisieren. Der Einzelne ist machtlos, vereint vermagten wir alles, deshalb treten dem Verband bei, der am allgemeinsten eure Interessen vertreten.

Provinz Sachsen, Brandenburg u. Thüringen.

Kalisalzbergwerk Breslauhöhe (fiskalische Mustergrube). Schon über sechs Jahre hat man hier abgeteuft und immer waren die Wenden der Geiselschäden stark genug, jetzt aber flossen sie auf einmal zu schwach aus. Notwendiger wäre schon, wenn sich die Bergbehörde einzumischen und die Fesseln beklommenen wollte. Kürzlich war der Bergmeister zur Revision eines Kessels, der außer Betrieb war, hier; trotzdem aber der Kessel schon 20 Jahre im Betrieb war, fand er ihn anscheinend durchaus in Ordnung, die im Betrieb befindlichen Kessel aber wurden nicht revidiert und doch wäre gerade dieses dringend notwendig. So ist es schon vorgekommen, daß Kessel abgefeuert werden müssen, weil die Speisewärmeleitung nicht funktionierte. Die Antreiber der Drittführer kann auch nicht mehr übertragen werden und wird nachgerade unerträglich. Das ist Vater Staat als Arbeitgeber.

Grube Maria I (Wohntorfer Kohlenwerk) in Reppisch. Der Berginspektorenbericht für West-Sachsen vom Jahre 1906 hebt besonders hervor, daß die Unternehmer eine besondere Tätigkeit auf dem Gebiete der Arbeitsfürsorge und Arbeiterschaftsprälege im Jahre 1906 dadurch entfaltet haben, daß dieselben zur Selbstmachung der Belegschaft schöne und gesunde Arbeitserwohnungen gebaut haben. Wie wir über derartige Arbeitserförsorge denken und aus welchen Motiven heraus die Unternehmer solches tun, ist schon öfters klar gezeigt worden, sodass wir heute darauf verzichten können. Heute soll nur angeführt werden, daß, wenn die Wohnstätten für verheiratete Arbeiter nach dem Bericht des Revierbeamten in jeder Hinsicht als musterhaft hingestellt werden, es doch in den Wohnungen der ledigen Arbeiter, in den sogenannten Kantinen, geradezu grauenhaft aussieht. Wie sind der Ansicht, daß die ledigen, meistens importierte freudige Arbeiter auch als Menschen zu betrachten sind, welche Ansprüche daran haben, anständig wohnen zu können; was leider fast überall nicht der Fall ist. Besonders traurig Zustände sind in der Kantine Marie I der Wohntorfer Kohlenwerke in Reppisch vorhanden. Ungeheure Schmutz bedeckt dort den Fußboden, Papiersegen, Speisereste und anderer Unrat liegen wochenlang da herum, ohne daß jemand an eine Reinigung denkt. Die Fenster und Decken sind defekt, sodass die Arbeiter der Gefahr, verletzt zu werden, beständig ausgesetzt sind. Bettwäsche und Decken statten sehr oft von Schmutz, ja, es ist schon vorgekommen, daß Arbeiter ohne Strümpfe auf den bloßen Brettern mehrere Nächte haben kampieren müssen. Auch fehlt in der Kantine Trülwasser; wer Durst hat, muß Bier trinken, das natürlich von dem ohnehin schon nicht hohen Verdienst bezahlt werden muss. Vielleicht prüft der Herr Revierbeamte einmal diese nur im Interesse der Unternehmer geschaffenen sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen, ob dieselben den gesundheitlichen Ansprüchen entsprechen. Wie die Räume jetzt aussehen, sind für eher alles andere, als daß Wohnstätten für Menschen, noch dazu für dieselben Menschen, welche durch ihre Arbeit es ermöglichen, daß die Unternehmer sich mit allem Komfort umgeben können.

Königreich Sachsen.

Grube Vereinsglück (Aurora-Schacht). Leider müssen wir heute wieder von diesem Schachte über Missstände berichten. Die Strecken im Amanthusfoß sind in einem sehr schlechten Zustande und so voll Schlamm, daß man kaum in der Lage ist, einen Hund fortzubringen. Im Schlamm muß man bis an die Knöchel waten, ja, derselbe läuft einem sogar in die Schuhe hinein. Beschwert sich ein Arbeiter, so heißt es: Sie sind ein Faulenzler, sie wollen nichts machen. In dieser Beziehung tut sich hauptsächlich Steiger Jünghänel sehr hervor. Vor kurzem meldete ein Lehrhauer dem Steiger Fleischer, er habe sich beschädigt, weil die Hunde in den baufälligen und schmutzigen Straßen schlecht voranzubringen wären und man keinen Halt habe, weil sein Tritt auf demselben angebracht sei. Zum Obersteiger Bauer bestellt, wurde dem Lehrhauer zur Antwort gegeben: „Wer weiß bei welcher Kaufreiße sie sich den Schaden geholt haben?“ Vor kurzem wurde den Arbeitern vor Ort 200,- welche in einer Schicht 11 Hunde Stück und zwei Hunde Markosten gefordert hatte, diese in 11 Hunde klar und zwei Hunde Stückhufen umgeschrieben. Der Steiger Jünghänel sagte zu den Leuten, als sie sich beschwerteten: „Ihr Schaberschächer! Ihr denkt wohl, ihr könnt es hier auch so machen, als wir auf dem Schaderschacht.“ Auch die Abortkübel und die Kübelkammern lassen viel zu wünschen übrig. Hier wäre es endlich an der Zeit, daß die Bergbehörde einzutreten und wie weit will sie es noch so treiben lassen? Will sie es sowohl kommen lassen, daß die

Oberbergamtssbezirk Breslau.

Gultschinergruben (Unterschacht). Hier ist noch sehr viel verbessert werden. Besonders in der Waschhalle sieht es übel aus. Der Raum ist viel zu beschränkt; fünf bis sechs Personen müssen sich auf einem Quadratmeter großen Platz aus und antreden. Auf der Grundstrecke im zweiten Revier steht an manchen Stellen so viel Wasser, daß die Leute kaum durchqueren können, kann denn die Wasserselge nicht ausgeschlagen werden, daß das Wasser abfließen kann? Auf anderen Gruben hat man schon längst für die unter dem Schacht auf die Seilschaft wartenden Leute Bänke angefertigt; dazu aber kann man sich hier nicht ausschwingen. Zudem ist der Umbau voll Not und Schlammt, sobald sich die Leute nicht hinsetzen können. Hat denn die Gruberverwaltung keine Preter, um ein paar Bänke zuzummenzuschlagen zu lassen, damit die Leute sich hinsetzen können? Wäre sich der Morast im Umbau vielleicht nicht befreien?

Gultschinergruben (Ostschacht). Hier scheinen die Herren die Bergpolizeivorschriften nicht zu kennen. Denn sie gestatten, daß auf der Strecke, wo die Leute vom und zum Schachte gehen müssen, die Kohlenwagen, welche von Benzinkotoren befördert werden, in außerordentlich schnellem Tempo verkehren. Da weder am Strohe noch in der Mitte der Strecke Platz ist, um bei Seite zu treten, sind die Leute manchmal gezwungen, um nicht überfahren zu werden, auf den Zug zu springen. Über auch dann sind sie des Lebens nicht sicher, da stellenweise die Strecke so niedrig ist, daß kaum der Zug durchqueren kann. Ist denn die Gruberverwaltung nicht instande, einen besonderen Fahrweg für die Belegschaft anzulegen, wie es auch auf anderen Gruben der Fall ist?

Grube Königin Luise. Auf dem zu dieser Grube gehörenden Hermannschacht läuft die Ordnung bei der Seilschaft sehr zu willkürlichen. Gänstig kommt es vor, daß weder Kutschläger noch Kutschenschläger vorhanden sind, sodass sich die Arbeiter bei der Seilschaft selbst die Signale geben und auch sonst anstrengen müssen. Der Ueberzahl ist vom Schacht aus sehr nah, sodass die Arbeiter immer nasse Füsse bekommen. Ganz hat man Wohlen gelegt, aber dadurch ist das Leben nicht bequemt worden. Höchst überflüssig erscheint es uns auch, daß Steiger M. die Arbeiter manchmal mit den Worten: „In drei Teusels Namen anfahrt.“ Die Kutschäcker können nie genug leisten, sondern werden fortgelegt angetrieben. Der Aufseher B. stellt sich mit der Uhr in der Hand sogar in die Strecke und paßt auf, wie viel Touren gemacht werden.

Lohnreduzierungen im Bergbau.

Als wir schon vor drei Monaten zuerst über Lohn- und Gehaltsreduzierungen auf den verschiedenen Strecken berichteten, fiel die unternehmerfreundliche Presse mit großem Geschrei über uns her. Man schrieb von Kartärenanträgen, von unzulässiger Verstärkung der Bergarbeiter-Zeitung und dergl. mehr. Selbst die in Essen erscheinende evangelische „Westdeutsche Zeitung“ hielt es für notwendig, ihr Gift gegen uns zu verfechten. Sie brachte einen Artikel, angeblich aus Bergarbeiterkreisen, in Wirklichkeit aber wohl aus Grubenbesitzerkreisen, worin wir der Linie wahrhaftigkeit usw. bezichtigt wurden. Die „öfisische Zeitung“ aber setzte ihre „westfälische“ „Kochlennemle“ auf und erklärte, es hätten nur Lohnreduzierungen stattgefunden. Die Belegschaft aber bombardierte uns mit sog. Verleumdungen, worin unsere Behauptungen als völlig erfunden hingestellt wurden. Jetzt ist im „Niedersachsenzeiger“ die übliche Lohnnachrichten erschienen und danach muss die „öfisische Zeitung“ feststellen:

„Die im „Niedersachsenzeiger“ veröffentlichte Nachmeldung der Bergarbeiterlinie im vierten Quartaljahr 1907 zeigt, daß schon in den letzten Monaten des verflossenen Jahres die Löhne nicht mehr in der seitigen Höhe gingen, wie in den vorhergehenden Quartalsjahren. Zuvorischen hat durch die anhaltende Flauheit in den wirtschaftlichen Verhältnissen, die seit zwei Jahren anhaltend stark steigende Linie der Bergarbeiterlöhne eine andere Führung bekommen; in den ersten Monaten des laufenden Jahres führt die Linie wieder zurück, die Löhne steigen nicht mehr, und da dort scheint die Linie langsam nach unten zu führen, mit einem Sinken der Löhne für die einzelne Schicht wird man sich recht bald vertraut machen müssen. Der Gesamtlohn der Bergarbeiter hat an sich bereits auf einigen Bechen eine Erhöhung erfahren durch Preisabschlägen, die wegen Mangels an Arbeit eingelebt werden müssen. Sind aber erst einmal die Preise wieder genügend aufgestellt und hält dann noch die jetzige wirtschaftliche Lage weiter an, dann werden der Preisabschläge noch mehr werden, Arbeiterrückstellungen werden Platz greifen und auch die Löhne für jede Schicht werden nicht auf der jetzigen Höhe bleiben können.“

Dann fällt der ganze gegen uns inszenierte Entlastungskammel läufig in sich zusammen. Bei der gesamten unternehmerfreundlichen Presse einschließlich der evangelischen „Westdeutschen Zeitung“ sehen wir aber nicht soviel Anstandsgefäß voraus, daß sie die gegen uns erhobenen groben Beschimpfungen zurücknimmt. Wir sind im Gegenteil davon überzeugt, daß man uns bei anderer Gelegenheit wieder genau so und ebenso grundlos wie jetzt beschimpfen und verdächtigen wird. Das wird uns allerdings auch fernher nicht hindern, die Wahrheit zu sagen.

Außerdem beobachteten bei der Reduzierung der Löhne gehen aber unbedritten die Stimmen der vor, die auf den Stimmen gehenden Zechen, Salzmühle, Friedlicher Nachbar und Baute Mülde schon wiederholte Lohnreduzierungen vorgenommen worden, die auf den letzten Zechen sogar zu einem Streit der Kutschäcker führten. Am 15. März wurden dort noch die bekannten Flugblätter verteilt, worin die Niederschläge der einzelnen Kutschäcker im preußischen Landtag wiedergegeben wurden. Den Arbeitern sollte durch dieses Flugblatt das Wohlwollen des Unternehmers gezeigt werden. Auch sollte dadurch den Arbeitern die für sie so „günstige“ Wirklichkeit des Syndikats, sowie das gute Knappelschaftstatistik, welches von den bösen Verbandsältesten aus purem Übermut, um ihre Macht zu zeigen, abgelehnt wurde, in bengalischer Beleuchtung vor Augen geführt werden. Aber schon am folgenden Tage zeigte sich die Kehrseite der Medaille, als fast überall Lohnreduzierungen stattfanden, was den Streit der Kutschäcker zur Folge hatte, der aber nach einstiger Dauer resultlos verließ. Der Höchstlohn der Kutschäcker soll nach dem Abzug nur 4,75 Mk. der niedrigste aber 3,50 Mk. pro Schicht betragen. Bisher haben die Leute bedeutend mehr verdient. Auf Bechen General bei Weitmar ist es wegen rücksichtsloser Lohnreduzierungen ebenfalls zu einem Streit der Schlepper und Pferdeleiter gekommen, der aber, nachdem man den Arbeitern einige Zeit unverbindliche Verhandlungen gemacht, wieder beigelegt wurde. Auf den Bechen Recklinghausen II, Borussia, König Ludwig, Esterfeld, Königsvorstadt Schwanen ins Osten, Königstantin I und II, Raddodt usw. sind zum Teil sehr wesentliche Reduzierungen der Gedinge und Schichtlöhne erfolgt. Wir sind garnicht in der Lage, die Nachrichten, welche uns über Lohn- und Gehaltsreduzierungen täglich zugehen, alle registrieren zu können. Wer soll das aber hinaus, so fragt man sich unwillkürlich? Darauf ist schwer eine Antwort zu geben. Die Erregung unter den Bergarbeitern infolge des Scheiterns des Knappelschaftstatistik bei Unternehmer, wirkt noch gewaltig nach. Dazu kommen jetzt noch die Antreiber der Drittführer, die nicht weiter sind, als eine geradezu frivole Herausforderung der Bergarbeiter. Die Verhältnisse auf den Bechen bieten jetzt das Bild einer geradezu grenzenlosen Verschreitung und Plausibilität. Auf vielen Bechen werden schon Feuerschäden eingerichtet, von anderen wird uns berichtet, daß dort noch zahllose Feuerschäden verkehren.

Ja, von einer ganzen Reihe Bechen wird uns sogar berichtet, daß ein Teil der Belegschaft vollzählig ist, der andere aber wegen Mangel an Absatz feiern muss. Das zeigt doch jedenfalls, daß auf diesen Bechen eine beispiellose Verschreitung und Plausibilität herrscht. Auch aus anderen Revieren sind uns schon Lohnreduzierungen gemeldet worden, so aus Mitteldeutschland, Böhringen, Bayern usw. Aus dem oberpfälzischen Braunkohlenrevier wird uns von der Bechen Augustus bei Leonberg berichtet:

Auf dieser Braunkohlenstengruben scheint man in den gleichen schärfmärr

Sturmbock zu dienen. Zum größten Leidwesen des Impresarios, Direktor Stelzer, daß es aber anders gekommen. Auch diese herbeigeführten Arbeiter sahen, daß sie ihr eigener Landsmann an das Werk gesetzt hatte. Wie sich nun die Dinge entwickeln, bleibt abzuwarten. jedenfalls werden sich die Kameraden veranlaßt sehen, diese Auszwingung der schlechten Löhne und den vollendeten Bruch der Vereinbarungen vom 8. August v. J. abzuwehren.

Aus diesen damals zwischen den Vertretern der Unternehmer, der Bergbehörde und den Arbeitern getroffenen Vereinbarungen wollen wir folgendes hervorheben:

1. Die Akkordfahrt werden festgesetzt für Wölbstrecken 8,75 Mark. Wenn ein Schlepper nicht vollständig ausgenutzt wird, soll er entsprechend anderweitig beschäftigt werden, oder für die ausfallende Zeit entsprechenden Lohn erhalten.

2. Für gejammerte Strecken bis zu 100 Meter, per Meter 4 Mr., von 100 bis 200 Meter per Meter 4,50 Mr. und über 200 Meter 5 Mr. und zwar für Meterlappen.

3. Das Wagengedinge im Abbau und in den Abbaustrecken 48 Pfg. pro Wagen.

Das Holzrauben wird weiter bezahlt; dagegen wird das Auszummen nicht mehr besonders vergütet.

Eine Tafel wird in der Bechenstube aufgehängt, an welcher von jedem Arbeitsort täglich die Anzahl der geförderten Wagen von jedem Ort angekündigt werden.

An der gleichen Tafel wird an jedem Dienstag für die vorausgegangene Woche die Anzahl der von jedem Ort herausgeschlagenen Meter angekündigt.

Die Auszüge der Metergedinge werden auf Antrag in Gegenwart der Bergarbeiter in der Wlto des Gesetztes festgestellt. Über Stunden werden zu 1/4 des festgesetzten Schichtlohnes ausgelohnt. Die Schichtlohn, welche zugleich als Mindestlohn zu gelten haben, werden festgesetzt wie folgt:

1. Kohlhauer pro Schicht 8,80 Mr.

2. Kohlhauer 8,-

3. Schlepper über 18 Jahre " " 2,50-2,80 "

Für Schlepper unter 18 Jahren bleibt die Entlohnung der Vereinbarung der Grubenverwaltung mit den Arbeitern vorbehalten.

4. Für Kesselheizer pro Schicht 2,50 bis 3,80 Mr. nach Leistungsfähigkeit. Die bereits beschäftigten Kesselheizer werden in vier Wochen nach Leistungsfähigkeit aufgelistet.

Festtagsschichten der Kesselheizer werden zu 20 Proz. vergütet.

Reparaturarbeiten über Tage werden an Sonntagen mit 50 Proz. Bushalb vergütet.

5. Für Maschinenvärter für die Schicht 2,50 bis 3,20 Mr. nach Leistungsfähigkeit.

Die Wälzmaschinen und Tagearbeiter erhalten in vier Wochen 10 bis 20 Pf. Aufsättigung pro Schicht, je nach Leistungsfähigkeit.

Das Unternehmerrum hat aber nur auf den Augenblick, der ihm günstig schien, gewartet, um diese Vereinbarungen zu durchbrechen. Auch ein Beweis dafür, was die Zugeständnisse von Unternehmern wert sind, wenn sich die Arbeitnehmer dieselben nicht durch eine starke Organisation sichern können. Am 12. März erfolgte folgende Bekanntmachung, woraus mit dankenswerter Klarheit hervorgeht, daß man sich für die damaligen ungeraden Zugeständnisse jetzt schadlos halten will:

Bekanntmachung.

Infolge bedeutender Reduzierung unserer Betriebsverkaufspreise sehen wir uns leider gezwungen, folgende Gedingereduktionen vorzunehmen:

1. Das Gedinge für Vorrichtungsstrecken wird getestet und zwar in Wagen- und Zweidörtergedinge und es beträgt der Gedingesatz a) für Wölbstrecken:

pro Wagen (7 Hektoliter) Kohle 20 Pfg.

pro aufgefahrener Meter 175 bis 250 Pfg.

je nach Förderweite und Fertigkeit der Kohle.

b) für gejammerte Strecken (1,10 Meter lichte Rappentiefe):

pro Wagen (7 Hektoliter) Kohle 20 Pfg.

pro aufgefahrener Meter 225 bis 350 Pfg.

je nach Förderweite und Fertigkeit der Kohle.

2. Der Gedingesatz für Abbau, Bruch und Strecke beträgt

pro Wagen (7 Hektoliter) Kohle 28 bis 32 Pfg.

je nach Förderweite und Geschäftshandlung des betreffenden Abbaupfeifers.

In diesem Gedinge ist die Erhaltung der jeweiligen Abbaustrecke mit eingeschlossen. Das Holzrauben wird wie bisher weiter bezahlt. Das Gedinge wird vom Betriebsleiter — im Behinderungsfalle von dessen Stellvertreter — jeweils den obengenannten Verhältnissen entsprechend festgesetzt und zwar spätestens am dritten Tage nach Eingriffnahme der betreffenden Arbeit.

Obige Gedingesätze treten am 1. April er. in Kraft und sind bis zum 1. Oktober er. verbindlich.

Der bisherige Schichtlohn bleibt als solcher bestehen, wird aber vom 1. April er. an nicht mehr als Mindestlohn garantiert, sondern es wird vom 1. April an nur, wie auch anderweitig üblich, der tatsächlich verdiente Lohn ausgezahlt.

Um unseren Arbeitern Gelegenheit zu geben, die Schicht voll auszunutzen, wird vom 1. April an die Frühschicht morgens präzise 5½ und nachmittags 2½ Uhr, die Mittagschicht mittags präzise 1½ und abends 10½ Uhr verlängert. Die Ablösung hat vor Ort zu erfolgen.

Alle diesbezüglichen Arbeitnehmer unserer Betriebsleitung, welche mit den vorstehenden Änderungen nicht einverstanden sind, erfreuen sich, mit spätestens bis zum 15. d. Mts. von ihrem Kündigungsberecht Gebrauch zu machen.

Gaidhof, den 12. März 1908.

Oberpfälzer Braunkohlenwerksgesellschaft, Gaidhof.

Die Betriebsleitung: A. Haagmann.

Die langatmige Erklärung und der Anschlag des jungen Betriebsleiters, Ingenieur Haagmann, wird uns doch nicht weismachen wollen, daß sämtliche Lebens- und Bedarfsartikel für die Arbeitnehmer der Oberpfalz so schnell um ein Drittel im Preise gesunken sind!

Nein, man hat andere Pläne vor. Man war es bis jetzt gewöhnt

und hofft es auch für die Zukunft, den ehrfürchtigen Oberpfälzer als Partei beizubehalten zu können. In diesen Zentralumschlägen, wo Baronen einzeln Wirkungskreise wie Hunde erschaffen können, war das ja selbstverständlich. Zum Glück lagt es auch hier, und die Zukunft wird noch vieles über die elende Lage der Bergarbeiter der Oberpfalz an den Tag bringen. Soweit der Bericht. Das sind trübe Aussichten für die Bergarbeiter. Hier zeigt sich wieder so recht, wie der Unternehmer auch in

Beiden der Krise einzigt dahin streift, sein Schädel ins Trockne zu bringen. Mag der Arbeiter mit seiner Familie augrund gehen, was scherts ihn. Ihm ist nur eins heilig, und das ist sein Profi. Den Lohnreduzierungen und Feierlichkeiten werden bald massenhafte Arbeiterschlafungen folgen. Auf Rechte Kaiserstuhl müßte infolge eines Grubenbrandes ein Teil der Belegschaft entlassen werden. Früher wurden bei solchen Gelegenheiten die Arbeiter auf den umliegenden Bechen eingestellt, jetzt wird mitgeteilt, daß alle Bevölkerungen der betreffenden Arbeiter, auf den umliegenden Bechen Arbeit zu erhalten, erfolglos waren. Das ist ein Beweis dafür, daß die Zeiten für die Bergarbeiter bitter ernst sind.

Die Unternehmer werden, das haben sie bisher gezeigt jetzt, mit dem Gewerkschaft der Arbeitslosigkeit vor der Tür steht, ihre ihnen dadurch gegebenen Macht rücksichtslos gebrauchen. Die Bergarbeiter aber werden sich nicht, wie bisher, als willenslose Heloten missbrauchen lassen, davon können die Unternehmer überzeugt sein. Es gilt darum, zu rüsten, die Unorganisierten für die Organisation zu gewinnen, damit wir bereit sind und sagen können: "Wir halten das Schwert geschliffen und das Pulver trocken."

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtbezirk Dortmund

Generalsekretär Behrens und der "G.-D.-Bergarbeiter".

Zu dem gloriosen Vorschlag des "christlich-nationalen" Generalsekretärs Behrens, einem national liberalen Großindustriellen im Reichstag am 1. Februar 1908 zu verschaffen, schreibt der "Bergarbeiter", Organ des Gewerkschaftsverbands der Kirche-Diakoneien, ganz in unserem Sinne: "Über in einer Zeit, wo man zu 45 Proz. Dividenden verteilt, dabei noch die Kohlenpreise erhöht und Lohnabzüge vorgenommen, wegen lumpigen zweit Pfennigen Mehrbeitrag das Knappelschaftsstatut zur Abschaffung bringt und den schwer schuftenden Bergarbeitern ein Zwangstatut aufzwingt, wo man die aufzuhaltenden und aufzuhaltenden ausländischen Arbeiter ins Revier schlept und die einheimischen Arbeiter auf die Straße wirft, wo man diese durch die Sperrung bringt, in andere Reviere überzieht, als hätte sie zwei Heimat nicht gekannt, in einer

Zeit, wo diese Proben eine Bergarbeiterkasse und eine Knappelschaftsreserve des Gewerkschaftsverbands "Der Bergknabe", dem Herrn Behrens als Generalsekretär angehört, schreibt: "Steine statt Brod haben die Bergarbeiter bekommen", mit denen man alte Rechte der Bergarbeiter einfach befestigte, weil es so in die Machtgesetze der Grubenverwaltung passte. Von einer Seite, wo dieses rücksichtslose Selbstverständlichkeit vertreten vom Horn der Bergarbeiter aus dem Reichstag hinausgewünscht wurden, zu einer solchen Zeit, ausgerechnet zu einer solchen, allen Ernstes den Vorschlag zu machen, diesen fast unlösbaren Einfluß noch zu verstärken durch eine im christlichen Bergarbeiterkader vorbehaltene. Nicht bloß die Reaktionäre der national liberalen Partei müssen auch die, die den Arbeitern als gleichberechtigten Wirtschaftsfaktor anerkennen wollen. Daß hierbei auch Herren Behrens eine politische Freude wären, hat ja die jüngste Zeit gelehrt. Wer eine so große Millionenzahl von Arbeitern zugunsten einer kleinen privilegierten Rasse reichthalten will, verdient nichts anderes, als daß er aus dem Parlament verschwindet. Sollte der Verein für die bergbaulichen Interessen Herrn Behrens nicht mit "vollen Rechten" übernehmen?

Die Bergarbeiter aber fragen sich mit Recht, ob ein Mann, der bereit ist für Grubenbesitzer vom Schlag der Stunde, Kräbler, Altdorf, Höls und Genossen einzutreten, noch das Vertrauen der Bergarbeiter verdient und ob er dennnoch noch würdig ist, der Siebenkommission als Mitglied anzugehören. So hat die Zahlstelle Dortmund, des Verbands der Bergarbeiter Deutschlands die rund 1000 Mitglieder zählt, in einer stark besuchten Mitgliederversammlung folgende Resolution einstimmig angenommen:

"Die heutige Mitgliederversammlung der Zahlstelle Dortmund des alten Bergarbeiter-Verbandes erucht die Siebenkommission bei Beratungen über die Maßnahmen zur Erklärung der Bergarbeiterrechte, wenn die vorzeitige Bekanntgabe dieser Beratungen den Grubenbesitzer möglich sein kann, den Herren Behrens von den Beratungen auszuschließen. Nach seinem Antritt, einem Großindustriellen, ein Reichstagsmandat im Ruhrkreis verschaffen zu wollen, soll entsprechende Gegenleistungen, seien wir in Behrens nur noch einen zechenfreudlichen, gelben Gewerkschafter. Wenn ein gelber Gewerkschafter den Beratungen der Siebenkommission beiwohnt, wird die Siebenkommission das Vertrauen der organisierten Bergleute verlieren. Wir eruchen die Bergarbeiter in den anderen Bezirken, sich unserer Resolution anzuschließen".

In der Tat, die Dortmunder Kameraden haben für Herren Behrens die richtige Bezeichnung gefunden. Ein zechenfreudlicher Gelber! Auch die christlich organisierten Bergarbeiter haben nun das Wort und zu entscheiden, ob sie sich länger von einem "Gelben" in der Siebenkommission vertreten lassen wollen.

Eine Rechtschutzhinweise im "sozialdemokratischen" Bergarbeiterverband.

Es ist für den "wackeren" Zentralknappen ein wahrer Segen, daß es eine sozialdemokratische Partei gibt, die in jeder seiner Nummern beschimpfen kann, wo sollten sonst die M.-Gladbach-Evangeliumsverkäufer den Stoff hernehmen. Unseren Verband nennt der "Zentralknappe", ohne auch nur den Schatten von Beweis — wenn man nicht die abgedrehten M.-Gladbacher Nummernfächer als solchen gelten lassen will — dafür zu haben, schlechtmäßig sozialdemokratische Bergarbeiterverband und seit davon das unvergängliche Recht her, uns in jeder seiner Nummern zu beschimpfen und zu verbachten. Liegt das wirklich im Interesse? Haben die Deutschen am Zentralknappen wirklich nichts anderes gelernt, können sie mit nichts anderem die Zeit totschlagen? Wir beleuchten flüchtig an der Hand eines besonders krassen Beispiels den Umschluß, den der Angeklagte des Zentralknapperverbands-Harsch im Burmester verzaubert. Das ist dem Zentralknappen schwer auf die Nieren gefallen und nachdem er noch seiner Art Harsch "glänzend rehabilitiert" und dabei das langjährige Gewerkschaftsmitglied, dem der "unschöne Umschluß", der ihm erichtet worden war, nicht gestaute, wie das so läßlich, in die Wölfe gesetzt, wendet er sich in seiner Nr. 11 der üblichen Aufgabe — die sitzt ja auch Lebensprinzip bedeutet — an uns unter dem obigen Titel eins auszuwischen, und zwar wendet er sich gegen die Tätigkeit unseres Kameraden Umschluß als Rechtschutzhinweiter. Dem Kameraden Umschluß werden unter anderem folgende Leidenschaften gezeigt: "Wlto betrogen", "Pflicht nicht getan", "Niederdrückt", "Ausschöpfung" — wie schrecklich — auf den Gewerkschaftsmitgliedern! Wir glauben annehmen zu dürfen, daß unser Kamerad Umschluß für die Ermiedigungen und Beschimpfungen des Zentralknappen die richtige Schmiede findet. Die Deutschen am Zentralknappen sind noch bei dem großen Mittel von der "Hölle" August Brügel vorlieb, wollen wir nur noch einige Fälle aus dem Dortmunder Verbands-Sekretariat zu Bottrop und bat den dortigen Verbandssekretär um Hilfeleistung in seiner Unfallsache. Fragt ob er Verbandsmitglied sei, verneinte er dies mit Bedauern, erklärte aber, im Gewerkschaftsverein zu sein. Auf diese Erklärung hin wurde W. nach dem Gewerkschaftsverein verwiesen. W. sagte hierauf, da bin ich gewesen, aber der Rechtschutzbearbeiter sagte, in meiner Sache nichts machen zu können, da dieses völlig aussichtslos sei. Auch jetzt lehnte der Verbandssekretär an die Sache zu verfechten, denn der Verband erteile nur seinen Mitgliedern Rechtschutz. Auf das Erkennen des mitgekommenen Verwandten des W. welche Verbandsmitglied war, und das weitere bitten des W. wurde eine Auskunft gemacht und die Verfolgung der völlig aussichtslosen Sache übernommen. Im Schiedsgericht wurde W. abgewiesen, am Rechtsversicherungsbüro kam W. aber zu seinem Rechte. Und was hat W. durch die Aufnahme seiner Sache seitens des Verbands profitiert? Er erhält 50 Proz. der Vollrente ab 8. Januar 1908 zugesprochen, dies macht pro Monat etwa 48 Mark aus, ab Juli 1907 laufend und an Nachzahlung annähernd 800 Mark. Ist bei solchen Erfolge, man muß es imuge behalten, der Gewerkschaftsbeamten als aussichtslos erklärt wurde, nicht angebracht zu sagen, Gewerkschaftsmitglieder halten ihre Augen offen? Zur Belohnung der Unfallsache selbst werden wir gelegentlich noch das Wort ergreifen.

Nur der Gewerkschaftsbeamte Josef Wozniak in Bottrop kam in Begleitung eines Verwandten im Mai 1908 nach der damaligen Verbands-Rechtschutzauslastungsstelle zu Bottrop und bat den dortigen Verbandssekretär um Hilfeleistung in seiner Unfallsache. Fragt ob er Verbandsmitglied sei, verneinte er dies mit Bedauern, erklärte aber, im Gewerkschaftsverein zu sein. Auf diese Erklärung hin wurde W. nach dem Gewerkschaftsverein verwiesen. W. sagte hierauf, da bin ich gewesen, aber der Rechtschutzbearbeiter sagte, in meiner Sache nichts machen zu können, da dieses völlig aussichtslos sei. Auch jetzt lehnte der Verbandssekretär an die Sache zu verfechten, denn der Verband erteile nur seinen Mitgliedern Rechtschutz. Auf das Erkennen des mitgekommenen Verwandten des W. welche Verbandsmitglied war, und das weitere bitten des W. wurde eine Auskunft gemacht und die Verfolgung der völlig aussichtslosen Sache übernommen. Im Schiedsgericht wurde W. abgewiesen, am Rechtsversicherungsbüro kam W. aber zu seinem Rechte. Und was hat W. durch die Aufnahme seiner Sache seitens des Verbands profitiert? Er erhält 50 Proz. der Vollrente ab 8. Januar 1908 zugesprochen, dies macht pro Monat etwa 48 Mark aus, ab Juli 1907 laufend und an Nachzahlung annähernd 800 Mark. Ist bei solchen Erfolgen, man muß es imuge behalten, der Gewerkschaftsbeamten als aussichtslos erklärt wurde, nicht angebracht zu sagen, Gewerkschaftsmitglieder halten ihre Augen offen? Zur Belohnung der Unfallsache selbst werden wir gelegentlich noch das Wort ergreifen.

Aus der Reihe von Material, welches uns über christlichen Umschluß vorlegt, wollen wir nur noch einige Fälle aus dem Dortmunder Verbands-Sekretariat zu Bottrop und bat den dortigen Verbandssekretär um Hilfeleistung in seiner Unfallsache. Fragt ob er Verbandsmitglied sei, verneinte er dies mit Bedauern, erklärte aber, im Gewerkschaftsverein zu sein. Auf diese Erklärung hin wurde W. nach dem Gewerkschaftsverein verwiesen. W. abgewiesen, am Rechtsversicherungsbüro kam W. aber zu seinem Rechte. Und was hat W. durch die Aufnahme seiner Sache seitens des Verbands profitiert? Er erhält 50 Proz. der Vollrente ab 8. Januar 1908 zugesprochen, dies macht pro Monat etwa 48 Mark aus, ab Juli 1907 laufend und an Nachzahlung annähernd 800 Mark. Ist bei solchen Erfolgen, man muß es imuge behalten, der Gewerkschaftsbeamten als aussichtslos erklärt wurde, nicht angebracht zu sagen, Gewerkschaftsmitglieder halten ihre Augen offen? Zur Belohnung der Unfallsache selbst werden wir gelegentlich noch das Wort ergreifen.

Nur der Gewerkschaftsbeamte Josef Wozniak in Bottrop kam in Begleitung eines Verwandten im Mai 1908 nach der damaligen Verbands-Rechtschutzauslastungsstelle zu Bottrop und bat den dortigen Verbandssekretär um Hilfeleistung in seiner Unfallsache. Fragt ob er Verbandsmitglied sei, verneinte er dies mit Bedauern, erklärte aber, im Gewerkschaftsverein zu sein. Auf diese Erklärung hin wurde W. nach dem Gewerkschaftsverein verwiesen. W. sagte hierauf, da bin ich gewesen, aber der Rechtschutzbearbeiter sagte, in meiner Sache nichts machen zu können, da dieses völlig aussichtslos sei. Auch jetzt lehnte der Verbandssekretär an die Sache zu verfechten, denn der Verband erteile nur seinen Mitgliedern Rechtschutz. Auf das Erkennen des mitgekommenen Verwandten des W. welche Verbandsmitglied war, und das weitere bitten des W. wurde eine Auskunft gemacht und die Verfolgung der völlig aussichtslosen Sache übernommen. Im Schiedsgericht wurde W. abgewiesen, am Rechtsversicherungsbüro kam W. aber zu seinem Rechte. Und was hat W. durch die Aufnahme seiner Sache seitens des Verbands profitiert? Er erhält 50 Proz. der Vollrente ab 8. Januar 1908 zugesprochen, dies macht pro Monat etwa 48 Mark aus, ab Juli 1907 laufend und an Nachzahlung annähernd 800 Mark. Ist bei solchen Erfolgen, man muß es imuge behalten, der Gewerkschaftsbeamten als aussichtslos erklärt wurde, nicht angebracht zu sagen, Gewerkschaftsmitglieder halten ihre Augen offen? Zur Belohnung der Unfallsache selbst werden wir gelegentlich noch das Wort ergreifen.

Nur der Gewerkschaftsbeamte Josef Wozniak in Bottrop kam in Begleitung eines Verwandten im Mai 1908 nach der damaligen Verbands-Rechtschutzauslastungsstelle zu Bottrop und bat den dortigen Verbandssekretär um Hilfeleistung in seiner Unfallsache. Fragt ob er Verbandsmitglied sei, verneinte er dies mit Bedauern, erklärte aber, im Gewerkschaftsverein zu sein. Auf diese Erklärung hin wurde W. nach dem Gewerkschaftsverein verwiesen. W. abgewiesen, am Rechtsversicherungsbüro kam W. aber zu seinem Rechte. Und was hat W. durch die Aufnahme seiner Sache seitens des Verbands profitiert? Er erhält 50 Proz. der Vollrente ab 8. Januar 1908 zugesprochen, dies macht pro Monat etwa 48 Mark aus, ab Juli 1907 laufend und an Nachzahlung annähernd 800 Mark. Ist bei solchen Erfolgen, man muß es imuge behalten, der Gewerkschaftsbeamten als aussichtslos erklärt wurde, nicht angebracht zu sagen, Gewerkschaftsmitglieder halten ihre Augen offen? Zur Belohnung der Unfallsache selbst werden wir gelegentlich noch das Wort ergreifen.

Nur der Gewerks

"... und so ist dieses Unglück auch höchst wahrscheinlich dem Konto eines unvorsichtigen, die Gefahr für sich und sämtliche in der Grube sich befindlichen Leute verkennden Bergmanns zugeschrieben. Wahrsch. eine traurige Erinnerung alle sämtlichen Bergarbeiter."

Gernau so schreibt die "Essener Volks-Ztg." bei dem großen Grubenunglück auf Karlsruher Seite 1808. Auch dieses fromme Zentrum organisierte schon am anderen Tage nach der gewaltigen Katastrophe, bevor noch irgend etwas festgestellt war oder festgestellt werden konnte, daß die Explosions entstanden sei, weil ein Bergmann angeblich die Lampe abgeschaut habe.

Den Wort darüber, daß die Katastrophe doch nur möglich war durch Unvorsicht großer Menschen Gase, daß aber solche Ausammlungen gar nicht vorkommen sollten und blühen, sondern die Gase, wie sie sich entzünden, sofort mit den falschen Werkern entwischen müssen. Es ist ja sehr leicht, die Verantwortlichen zu verächtigen, aber die Bergleute blieben eine solche Verbürgung mit Recht wohl als eine Beschimpfung empfinden, die schärfste Verachtung verleiht.

Auf der Börse Kaiserstuhl I, Dortmund, ist ein Grubenbrand ausgebrochen. Es wurde die Vermutung ausgesprochen, daß der Brand infolge Kurzschlusses der elektrischen Leitung entstanden sei. Wie wir aber von Bergleuten erfahren, die in nächster Nähe des Entstehungsortes arbeiten, ist der Grubenbrand entstanden in der Brennraum der D. Wrenz zwischen der 8. und 4. Sohle, wo ein Haufen Pappholze Feuer gefangen hat. Als die vom Brennen hinausgerisse Kameradenkraft zur Löschung herbeikam, hatte auch die Flammen schon Feuer gelungen. Ein Löschwagen war unmöglich. Neborden waren auch keine Schläuche zur Stelle. Dazu wurde alles versucht, das Feuer einzudämmen, doch es griff immer weiter um sich. Der Betrieb mußte zum größten Teil selbstverständlich eingestellt werden.

Als die Pappholze in der Brennraum Feuer fangen konnte, ist vorerst noch ein Rätsel. Der Brenner war ein 17jähriger junger Mann. Unserer Erachtung sollte man solche Posten nur alten verständigen Bergleuten übertragen. Aber das geschah niemals nicht, weil solch ein junger Bursche mit geringem Gehalt aufzufinden sein muß, ein älterer Bergmann aber einen anständigen Schichtlohn verlangt. Die Verwaltung von Böde Kaiserstuhl kann ja jetzt sehen, was sie dadurch erwartet hat. Und wie wollte sie es verantworten, wenn durch den Grubenbrand wieder eine größere Katastrophe herausbeschworen worden wäre. Dass solches nicht geschehen, ist doch wohl nur ein glücklicher Guss.

Die Schlagwetterexplosion auf Zeche Lukas und der Brand auf Böde Kaiserstuhl zeigen erneut, daß alte Verordnungen, solange sie nur auf dem Papier stehen, nicht ausreichen, solche Katastrophen zu verhindern. Wir sind überzeugt, daß man trotzdem die Bergarbeiter solange zu Versuchssubjekten unglosser Verordnungen machen wird, bis sich diese durch eine starke Organisation Anerkennung ihrer berechtigten Forderungen verschaffen.

Alteurade, Christlicher Messerheld. Das christliche Ausschusmitglied Bernhard Selters vom Schacht II Deutscher Kaiser hatte in letzter Zeit, während seine Frau im Krankenhaus an einem schweren Nierenleid litt, einen tödlichen Lebensmangel geführt. Als seitens mehrerer Verbandsmitglieder dieses einer scharfen Kritik unterzogen wurde, schwerte der Musterherr eines Abends einem berseiten auf und brachte ihm mehrere Schüsse mit einem Dolchmesser bei. Noch am selben Abend ist dieser saubere Bursche verhaftet und erst am nächsten Morgen wieder freigelassen worden. Wie weit es mit diesem Burschen schon gekommen ist, zeigt der Umstand, daß er sich seiner Tat noch rühmt. Er erklärte: Diese Mann habe ich zu Fall gebracht und der andere kommt auch noch dran. Weil nun unsere Kameraden den Lebenswandels dieses Burschen als Ausschüttung kennzeichnen, sollen beide ihr Leben eblühen. Auf Schacht II Deutscher Kaiser ist es heute soweit, daß kein Mann mehr mit diesem Menschen arbeiten will. Wie wir hören, soll Schacht I ihn jetzt in Arbeit gestellt haben. Wie bringen dieses der Belegschaft von Schacht I hiermit zur Kenntnis, damit sich alle Kameraden in Acht nehmen, mit diesem Patron in Berührung zu kommen, sonst könnte es der Fall sein, daß noch mehrere Kameraden von diesem "christlichen" Agitator des Gewerbevereins um die Seele gebracht werden. Wir hätten diesen Fall nicht so beleuchtet, wenn nicht stets die gesamte Zentrumspresse über den Terrorismus der freien Gemeinschaften kundgemacht. Wie man sieht, haben die "Christlichen" alle Mitteln, vor der eigenen Seele zu feiern. Wie lange will die Belegschaft solche Messerhelden noch als gesetzliche Ausschüttungsliebhaber anerkennen?

Borken. Vom Berggesetz und dem daraus ausgehenden Zwangsstatut ist jeder Bergmann unter 40 Jahren verpflichtet sich in die erste ständige Klasse aufzunehmen zu lassen, um diesen Zweck werden von den Revierärzten Vorladungen ausgestellt, welchen die betreffenden Kameraden Folge leisten müssen. Ein Bergarbeiter von Böde Holenau und Almalle bekam am 12. März von der Bezirksverwaltung die genannte Vorladung, welche auf 10½ Uhr vormittags lautete. Der Kamerad konnte aber seine Schicht nicht mehr wechseln, weil die Vorladung auf den folgenden Tag lautete. Der betreffende Kamerad ist nun Nachmittags nach beendigter Schicht zu Herrn Sanitätsrat Dr. Herrbrüggen gegangen und wurde dort mit dem Benecken abgewiesen, er sei nicht zum Termin erschienen und wurde mit 5 Mark bestraft. Auf die Vorhaltung des Mannes, er sei Vater von fünf Kindern und könnte keine Schicht feiern, erklärte der humane Arzt, dies sei ihm egal. Nun hat Herr Dr. Herrbrüggen einen Auftrag aushängen, welcher folgendermaßen lautet: Die neu anzulegenden Bergleute werden erachtet, entweder des Vormittags 10½ Uhr oder des Nachmittags 3½ Uhr im Anschluß an die Börse und Nachmittagsprechstunden zur Untersuchung zu kommen, damit die übrigen Kranken wegen der längeren Dauer der Untersuchung nicht zu warten brauchen. Nach Vorbehrend kontierte der Arzt den Mann auch Nachmittags noch untersuchen.

Braunschweig. Von hier erhalten wir die Zuschrift eines Kameraden, worin derselbe unsere Stellung zu den Aufschwätzahlen kritisiert und die wir deshalb unterkürzt folgen lassen: "In Nr. 10 der "Bergarbeiter-Zeitung" vom 7. März befindet sich eine Notiz, in der der Sieg bei den Arbeiterausschüssen auf Zeche Konstantin befannen gegeben wird und gleichzeitig der Hinweis, daß die Stellung des Verbandsvorstandes zu den Wahlen in nächster Nummer vertreten würde. In dem Artikel in Nr. 11, der die Sache behandelt, ist am Schluß die Bemerkung geangt: „Hoffentlich sind unsere christlichen und anderen Kritiker auch damit zufrieden gestellt.“ Da ich mich nun auch zu den „anderen“ jähle, erwarte ich, auch diese zu Worte kommen zu lassen, da ein großer Teil nicht mit dieser Stellung zufrieden ist. Als im Jahre 1905 vom Vorstande die Parole ausging, nicht an den Wahlen zu den Arbeiterausschüssen teilzunehmen, galt dies zunächst als Protest gegen die Wettbewerbsfähigkeit der preußischen Regierung, die die Gültigkeit und Leichtgläubigkeit der Bergarbeiter dazu benutzt, um sie vor der Hand wieder in die Grube zu treiben und nacher die berechtigten Forderungen derselben mit Füßen zu treten. Schon dieses allein rechtfertigt meine Stellung zur Nichtteilnahme. Nun ist aber das Gesetz in den 2½ Jahren nicht etwa besser geworden, sondern die juristischen Vertreter der Grubenbarone haben es verstanden, die Auslegung der einzelnen Paragraphen so zu drehen, daß überhaupt kein annehmbares Tadeln daran bleibt, soweit die Arbeitsordnungen nach diesem reaktionären Eidetwerk geregt sind, der Basis des "Bergknappen" vom 3. Juni 1905: „Die Arbeiterausschüsse sind keine Arbeiterversetzer, sondern Schutzausschüsse des Unternehmens!“ nebst dem je seine Befürchtung hat. Denn es ist ausgeschlossen, daß ein herzhafter Bergknäpfer Kamerad, der zum Arbeiterausschuß gewählt ist, die Wahrheit hat, etwas Erfreuliches zu leisten, wenn es dem Herren im Hause nicht gefällt. Auch ohne ihn zu mögeln und zu schmeißen, hat er noch zuviel andere Mittel, um ihm gefügig oder seine Tätigkeit illusorisch zu machen. Deshalb werden anständige Charaktere es für überlegen, solche Lemiter zu bestimmen, um mit dem "Bergknappen" zu reden. Nun könnte man wohl noch einwenden, wir haben die Mitglieder der Arbeiterausschüsse zu den Wahlen der Arbeitskammern nötig, deren Entwurf dem Reichstag unterbreitet werden soll. Auch dieser Entwurf ist hinfällig, da dieser dieser seine Vorgänger, was Arbeiterschaft anbetrifft, noch übertrumpft und nur dazu angemessen ist, der Arbeiterschaft auf dem Wege des Gesetzes wieder etwas vorzugaukeln und sie dadurch in den Schlaf des Todes zu wecken. So gehört z. B. zu den Aussagen der Arbeitskammern: „Ein gebedliches Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitnehmern zu fördern.“ Welch ein Hohn! Eine Arbeitskammer, welche, wie es in § 10 heißt, zur Hälfte aus Arbeitnehmern und zur Hälfte aus Arbeitgebern besteht, und wo der Vorsitzende von der Aufsichtsbehörde ernannt wird (§ 9), also aus den beiden der kapitalistischen Gesellschaft, dieser aber bei entscheidenden Maßnahmen stets die Wurzel in der Hand hat, da noch vor einem gebedlichen Verhältnis zwischen zwei Gruppen, die sich gegenüberstehen wie Feuer und Wasser zu reden, das versteht eben nur die reaktionäre Regierung. Der Kloßkampf ist es, der diese beiden Gesellschaften gegeneinander führt, der durchgesuchten werden muß, bis das Kapital vor den Füßen des Proletariats liegt. Dieser Kämpf ist aber der gesamten Kraft der organisierten Arbeiterschaft, die nicht auf Kleinigkeiten zu vergeben ist. Auf den ganzen

Gesetzentwurf hier einzugehen, erscheint sich, daß das ganze Machwerk von ähnlichen Paragraphen winnunt und der Abg. Gustav Hoch dasselbe in der "Neuen Zeit" Nr. 22, 26. Jahrg., Bd. 1, ausführlich behandelt. So kann ich mich auch nur seinen leichten Ausführungen im besagtem Artikel anschließen:

"Die klassenbewußte Arbeiterschaft kann der reaktionären Regierung und ihren überlieferten Heilscheltern darauf nur die eine Antwort geben, daß sie ihnen den ganzen Bettel vor die Füße wirft."

Zu kann also durchaus nicht einsehen, daß die praktischen Erfolge die Befreiung an den Wahlen das aufwiegen, was wie an Kraft und Geld darauf verweisen. K. B.

Herne. Eine am 8. März in Herne tagende Sitzung der Verbandsältesten des Kommissionsbezirks Herne beschloß einstimmig, ihre Quartalszählungen in Zukunft allein abzuhalten. Dieser Beschluss lag folgendes zu Grunde: Durch die in letzter Zeit stattgefundenen Neu- bzw. Erneuerungen fielen den Verbands im Kommissionsbezirk Herne der größte Teil der Altesten zu, und ist die Entfernung der einzelnen Altesten von Bochum eine so beträchtliche geworden, daß dieser Beschluss, allein zu sagen, einer anderen Bedeutung nicht bedarfte. In den Vorstand der Kommission wurden die Altesten Husek, Herne, als erster Vorsitzender, Ellingenburg, Stecklinghausen-Gild, als zweiter Vorsitzender und Bong, Herne, als Schriftführer gewählt. Die regelmäßigen Sitzungen finden jeden letzten Sonntag im Quartal, nachmittags 4 Uhr, statt. Ort und Datum bestimmt der gewählte Vorstand.

Höntrop. Mit allen Mitteln werden die freiorganisierten Arbeiter hier bekämpft. Jeder Meister und Geschäftsführerende, Geistliche, Lehrer, Witte, sogar Lumpensammler und Barbiere, die täglich von den Groschen der Arbeiter leben müssen, wenn nicht direkt, so indirekt, alle glauben sie ein Recht zu haben, dem Bruder Arbeiter in der freien Gemeinschaft eins auszuwaschen. Es ist manchmal zum Ergötzen, wenn man das Gebrüder dieser Proletarier im Stehtragen beobachtet. Die schiefelten Träume werben angewandt, unsre berechtigten Befreiungen zu verbreiten. Wir sind gezwungen, wenn diese Leute kein sozialpolitisches Verständnis haben, es ihnen beizubringen. Wir werden in Zukunft jedem mit gleicher Milizei heimzahlen, welcher uns hindert in den Weg tritt, die Lage der Arbeiter zu verbessern. Jeder Arbeiter aber ist verpflichtet, an diesem Kampfe teilzunehmen. Leider müssen wir sehr oft die betreibende Gesellschaft machen, daß Arbeiter mit der Asylpuppe auf dem Rücken in Lokale ziehen, welche ihre Säle nicht einmal für luftgewichtliche Zwecke zur Verfügung stellen. Die Schanze muss einem jeden Arbeiter ins Gesicht steigen, der bestrebt ist, seine Lage zu verbessern, wenn seine ureigensten Interessen so mit führen getreten werden. Sie vergessen ihre eigene Menschenwürde. Den Gewerbevereinsmitgliedern wird glauben gemacht, wie wollten die knappmachenden Versammlungen an parteipolitischen Zwecken ausüben. Kürzlich schrieben wir einen Artikel, daß der Gewerbeverein Feste in Lokalen feierte, welche von uns gemieden werden. Kurz darauf stand ein Artikel in der "Westfälischen Volkszeitung", daß der Gewerbeverein uns in dem Bestreben, Säle zu erlangen, nicht zu unterstützen brauchte, dies ginge dem Gewerbeverein nichts an. Bei der nächsten Knappmachungswahl wollten sie uns die richtige Antwort geben? Über nur gemacht, ihr Dunkelmänner, wir werden zur richtigen Zeit unser Mann schon stellen. Es können dann keine 36 Witwen ins Feld gelöscht werden. Wie sollen wir dies denn eigentlich verstehen? Früher wurde darüber geklagt, daß der Alteste seine Sprengelgenossen im Untertaen ließ, und heute verhindert man, daß der Alteste zu seinen Sprengelgenossen sprechen kann. Man fühlt sich sogar noch beleidigt, wenn das Treiben der Leute, welche dieses den Altesten unmöglich machen, kritisiert wird. Glaubt der Gewerbeverein etwas zu erreichen, wenn er in solchen Fällen uns gegenüber den Grütlitzen steht? Wären die Mitglieder des Gewerbevereins über das Treiben ihrer Führer klar, sie hätten schon längst ihnen den Rücken gekehrt. Dies zeigt so recht die Affäre zwischen Giesberts und der nach Berlin gesandten Deputation, bestehend aus den Herren Eßert, Imbusch, Berger und Juttmann.

Messenerhelden. Den Kameraden von Messenerheide, Villmerich und Umgegend hiermit zur Kenntnis, daß der Wirt Hiller in Villmerich und Messenerheide am Hölzlering, der organisierten Arbeiterschaft sein Lokal entzogen hat. Herr Hillerlingmann, bei dem unsere Zahlstelle drei Jahre agiert, erklärte uns schon im September 1907, die Wirt vorläufig bei mir nicht mehr tagen, weil ich etwas aussühnen will, soweit die Sache aber erledigt ist, steht euch mein Lokal wieder zur Verfügung. Als wir nun ein halbes Jahr gewartet und Herr Hillerlingmann uns immer noch ausweichen antwortete, haben wir Veranlassung genommen, ihn darauf aufmerksam zu machen, daß seine Wirtschaft doch nur von Bergarbeitern besucht würde und warum wie keine Versammlung mehr abhalten sollten. Herr Hillerlingmann wurde sehr etwas deutscher und meinte, ich habe in letztem Jahre 57 Pf. Strafe zahlen müssen, dies kommt nur daher, daß ich den Verband hier habe tagen lassen. Er gab aber zu, daß er die ersten zwei Jahre, als wir dort tagten, gar keine Strafe gezahlt habe und daß er erst mit Strafinstanden bedacht worden sei, nachdem er sich mit den hiesigen Polizisten persönlich verfeindet habe. Frau Hillerlingmann (Herr im Hause) hatte während der ganzen Zeit im Nebenzimmer hinter der Tür gestanden und gelacht, bis es ihr zu heiß wurde. Ganz unermatt trat sie in die Wirtschaft und sagte: "Ich will euch kurz und blündig sagen, die Zahlstelle bekommt bei uns das Lokal nicht mehr. Ich habe alles, was in Ordnung geraten war, wieder in Ordnung gebracht und jetzt ist Schluss." Auf unsere Frage, ob dadurch, daß der Verband bei ihr getagt, in ihrer Familie oder in ihrem Wirtschaftsleben etwas in Ordnung geraten sei, antwortete sie nein, aber Versammlungen werden bei uns nicht mehr abgehalten. Als wir darauf hinwiesen, daß sie unter Umständen aber auch nicht mehr darauf rechnen könnte, daß überhaupt noch Bergleute hier verkehren würden, erklärte Herr Hillerlingmann: "So lange der Gefangenverein "Echo" noch bei mir singt, habe ich auch noch Gäste." Der Gefangenverein "Echo" noch bei mir singt, habe ich auch noch Gäste." Der Gefangenverein "Echo" bestellt zu 90 Proz. aus organisierten Kameraden. Herr Hillerlingmann hofft daher, daß diese gegen ihre eigenen Kameraden im Verbande Stellung nehmen, nur damit er Bier und Schnaps ausdrücken kann. Die Kameraden im obigen Gefangenverein möchten wie ganz besonders darauf hinweisen, wie sie eingeschäfft werden. Kameraden, für uns gilt es, Herrn Hillerlingmann zu zeigen, daß, wenn wir Schnaps und Bier trinken wollen, wir ihn am allerwenigsten notwendig haben. Will Herr Hillerlingmann uns nicht als Organisierte, so braucht er uns auch nicht als Gäste. Wir erwarten daher von allen Kameraden, daß sie Herrn Hillerlingmann in seiner Wirtschaft nicht belästigen.

Nentorf. In Nr. 6 des "Bergknappen" steht unter Nentorf ein Artikel über den Terrorismus der Verbändler, welcher wieder so recht zeigt, wie von jener Seite die Einigkeit der Bergarbeiter gepflegt wird. Bei näherer Prüfung stellt sich wie in den meisten Fällen die ganze Geschichte als ein Geschäftskrieg eines Kumpels dar, der gern die Christlichen für sein Fuhrgefühl als Kunden gewinnen will. In dem Artikel wird die Sache so dargestellt, als ob es sich um ein langjähriges Verbandsmitglied handele. Die Worte: "ich gehöre dem Verband schon längere Zeit an und seit der Zeit wohnten beide als gute Kameraden zusammen", lassen keinen anderen Schluss zu. Der betreffende R. hat aber überhaupt dem Verband nur ein Jahr angehört. Um Ursache zum Austritt zu haben, erstand er schon vor einem Jahre das Märchen, er wäre verhöhnt und verhöhnt worden. Unsere Vertrauensleute sagten es ihm auch geradezu, es sei eine faule Auserede, er wolle sich nur an dem Beitrug vorbeibrüten. Und nun warnte er fast ein Jahr, bis er sich zum Gewerbeverein mündete. Als Unorganisierter wohnte er noch viele Monate bei jenem christlichen Vertrauensmann. Er als der neue Prinzenbüttel mit seinem Bruder ein Fuhrgefühl aufging, erinnerte er sich des Gewerbevereins als Kunden, wie jener sich erinnerte, daß er früher Verbandsmitglied war. Also konnte man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Um nun seinen Übertritt effektiver zu machen, erfand er jenes Schauerstückchen. Es hätte auch einen sehr dummen Eindruck gemacht zu erklären: vor einem Jahr habe ich im Verband die Beiträge nicht gezahlt, darum komme ich zum Gewerbeverein. Man verlegte deshalb das Ereignis in die neuzeitliche Zeit und in die Nähe der neuen Wohnung. Der Schwund ist dadurch um so durchsichtiger geworden. Daß der drittjährige Vertrauensmann diesen Stoff sehr gerne aufnahm, widerstund uns nicht, wir beneiden ihn aber keineswegs um diese Errungenschaft.

Provinz Sachsen, Brandenburg, Thüringen

Senftenberg. Das Drama vor dem Schöpfergericht in Cottbus, wo acht Streitbrecher aus dem letzten Bergarbeiterstreit wegen Landfriedensbruches verurteilt wurden, sonder nur der anerkannte Leiter des Kämpfers sowohl, als auch der Streitbrecherkolonne, die durch Beugen festgestellt wurde, wurde doch von ihm gesagt, er habe einen großen Einfluß auf die anderen ausgeübt, habe die Leute immer wieder zum Weiterarbeiten veranlaßt, was nicht weniger als zehnmal vorbestraft, darunter wegen versuchten und schweren Diebstahls, Urturbenfälschung, schwerer Körperverletzung zuletzt mit 1½ Jahren Gefängnis. So seien in Wirklichkeit diese bei Lohnkämpfern von der Polizei, den Gerichten und den Unternehmen gehabten Streitbrecher aus. Wie oft sind ehrlieche Arbeiter, welche um bessere Arbeitsbedingungen kämpfen, mit schweren Strafen belegt worden, wenn sie solche ungünstigen Elementen nur mit einigen Worten an ihre Pflicht als Arbeiter erinnerten. Wahrsch. die Unternehmer und hier besonders die Verwaltung von Henkel's Werken brauchen nicht allzuviel auf diese Art von Handelsleuten zu hoffen. Und doch werden in Zukunft die Unternehmer wieder so handeln, denn wenn der Profit in Frage kommt, werden alle Bedeutung dieser Art von ihnen bei Seite gesetzt. Weiter war in der Verhandlung für uns von Bedeutung, daß, obwohl ein angeklagter Streitbrecher die Ursache des Gewalts auf Streitbrecher suchte, indem er sagte, indem er sagte, wurde doch von ihm gesagt, er habe einen großen Einfluß auf die anderen ausgeübt, habe die Leute immer wieder zum Weiterarbeiten veranlaßt, was nicht weniger als zehnmal vorbestraft, darunter wegen versuchten und schweren Diebstahls, Urturbenfälschung, schwerer Körperverletzung zuletzt mit 1½ Jahren Gefängnis. So seien in Wirklichkeit diese bei Lohnkämpfern von der Polizei, den Gerichten und den Unternehmen gehabten Streitbrecher aus. Wie oft sind ehrlieche Arbeiter, welche um bessere Arbeitsbedingungen kämpfen, mit schweren Strafen belegt worden, wenn sie solche ungünstigen Elementen nur mit einigen Worten an ihre Pflicht als Arbeiter erinnerten. Wahrsch. die Unternehmer und hier besonders die Verwaltung von Henkel's Werken brauchen nicht allzuviel auf diese Art von Handelsleuten zu hoffen. Und doch werden in Zukunft die Unternehmer wieder so handeln, denn wenn der Profit in Frage kommt, werden alle Bedeutung dieser Art von ihnen bei Seite gesetzt. Weiter war in der Verhandlung für uns von Bedeutung, daß, obwohl ein angeklagter Streitbrecher die Ursache des Gewalts auf Streitbrecher suchte, indem er sagte, indem er sagte, wurde doch von ihm gesagt, er habe einen großen Einfluß auf die anderen ausgeübt, habe die Leute immer wieder zum Weiterarbeiten veranlaßt, was nicht weniger als zehnmal vorbestraft, darunter wegen versuchten und schweren Diebstahls, Urturbenfälschung, schwerer Körperverletzung zuletzt mit 1½ Jahren Gefängnis. So seien in Wirklichkeit diese bei Lohnkämpfern von der Polizei, den Gerichten und den Unternehmen gehabten Streitbrecher aus. Wie oft sind ehrlieche Arbeiter, welche um bessere Arbeitsbedingungen kämpfen, mit schweren Strafen belegt worden, wenn sie solche ungünstigen Elementen nur mit einigen Worten an ihre Pflicht als Arbeiter erinnerten. Wahrsch. die Unternehmer und hier besonders die Verwaltung von Henkel's Werken brauchen nicht allzuviel auf diese Art von Handelsleuten zu hoffen. Und doch werden in Zukunft die Unternehmer wieder so handeln, denn wenn der Profit in Frage kommt, werden alle Bedeutung dieser Art von ihnen bei Seite gesetzt. Weiter war in der Verhandlung für uns von Bedeutung, daß, obwohl ein angeklagter Streitbrecher die Ursache des Gewalts auf Streitbrecher suchte, indem er sagte, indem er sagte, wurde doch von ihm gesagt, er habe einen großen Einfluß auf die anderen ausgeübt, habe die Leute immer wieder zum Weiterarbeiten veranlaßt, was nicht weniger als zehnmal vorbestraft, darunter wegen versuchten und schweren Diebstahls, Urturbenfälschung, schwerer Körperverletzung zuletzt mit 1½ Jahren Gefängnis. So seien in Wirklichkeit diese bei Lohnkämpfern von der Polizei, den Gerichten und den Unternehmen gehabten Streitbrecher aus. Wie oft sind ehrlieche Arbeiter, welche um bessere Arbeitsbedingungen kämpfen, mit schweren Strafen belegt worden, wenn sie solche ungünstigen Elementen nur mit einigen Worten an ihre Pflicht als Arbeiter erinnerten. Wahrsch. die Unternehmer und hier besonders die Verwaltung von Henkel's Werken brauchen nicht allzuviel auf diese Art von Handelsleuten zu hoffen. Und doch werden in Zukunft die Unternehmer wieder so handeln, denn wenn der Profit in Frage kommt, werden alle Bedeutung dieser Art von ihnen bei Seite gesetzt. Weiter war in der Verhandlung für uns von Bedeutung, daß, obwohl ein angeklagter Streitbrecher die Ursache des Gewalts auf Streitbrecher suchte, indem er sagte, indem er sagte, wurde doch von ihm gesagt, er habe einen großen Einfluß auf die anderen ausgeübt, habe die Leute immer wieder zum Weiterarbeiten veranlaßt, was nicht weniger als zehnmal vorbestraft, darunter wegen versuchten und schweren Diebstahls, Urturbenfälschung, schwerer Körperverletzung zuletzt mit 1½ Jahren Gefängnis. So seien in Wirklichkeit diese bei Lohnkämpfern von der Polizei, den Gerichten und den Unternehmen gehabten Streitbrecher aus. Wie oft sind ehrlieche Arbeiter, welche um bessere Arbeitsbedingungen kämpfen, mit schweren Strafen belegt worden, wenn sie solche ungünstigen Elementen nur mit einigen Worten an ihre Pflicht als Arbeiter erinnerten. Wahrsch. die Unternehmer und hier besonders die Verwaltung von Henkel's Werken brauchen nicht allzuviel auf diese Art von Handelsleuten zu hoffen. Und doch werden in Zukunft die Unternehmer wieder so handeln, denn wenn der Profit in Frage kommt, werden alle Bedeutung dieser Art von ihnen bei Seite gesetzt. Weiter war in der Verhandlung für uns von Bedeutung, daß, obwohl ein angeklagter Streitbrecher die Ursache des Gewalts auf Streitbrecher suchte, indem er sagte, indem er sagte, wurde doch von ihm gesagt, er habe einen großen Einfluß auf die anderen ausgeübt, habe die Leute immer wieder zum Weiterarbeiten veranlaßt, was nicht weniger als zehnmal vorbestraft, darunter wegen versuchten und schweren Diebstahls, Urturbenfälschung, schwerer Körperverletzung zuletzt mit 1½ Jahren Gefängnis. So seien in Wirklichkeit diese bei Lohnkämpfern von der Polizei, den Gerichten und den Unternehmen gehabten Streitbrecher aus. Wie oft sind ehrlieche Arbeiter, welche um bessere Arbeitsbedingungen kämpfen, mit schweren Strafen belegt worden, wenn sie solche ungünstigen Elementen nur mit einigen Worten an ihre Pflicht als Arbeiter erinnerten. Wahrsch. die Unternehmer und hier besonders die Verwaltung von Henkel's Werken brauchen nicht allzuviel auf diese Art von Handelsleuten zu hoffen. Und doch werden in Zukunft die Unternehmer wieder so handeln, denn wenn der Profit in Frage kommt, werden

Mitglieder in den Gassen prägen. Ist das nicht eine schöne Wirtschaft, Herr Ernst?

Und wie sieht es in den anderen Vereinen aus? Erst in Nr. 18 vom 26. Februar d. J. wird von einer Versammlung des Konradshaler Vereins berichtet, daß dort absolut das gute Einvernehmen zwischen Arbeitern und Beamten mangelt. Um es wieder herzustellen, hatte man sich eben den Vorstandes des Verbandes nebst dem Kassierer herangeholt. Beide Herren berichteten — so heißt es wörtlich — über das bestehende gute Einvernehmen zwischen Beamten und Arbeitern in den übrigen bestehenden reichstreuen Vereinen und gaben dem Wunsche Ausdruck, daß auch in diesem jungen Verein durch eine recht baldige Annäherung der Beamten das gegenseitige Vertrauen gestärkt und frisches Leben gebracht wird. Es muß sehr schlimm um den Verein in Konradshausen stehen, wenn die größten Leuchten herangeholt werden müssen, um das Auseinanderdrehen des Vereins zu verhindern.

Im Gottesberger Verein dasselbe Dilemma, dort greift man zu sonderbaren Mitteln, um nur ein paar Männlein in die Vereinsversammlung zu bekommen. In Nr. 15 des "Festabend" von diesem Jahre heißt es in der Versammlungsanzeige des dortigen Vereins, daß eine halb Lonne vier für die Versammlungsteilnehmer gratis ausgeschenkt wird. Wenn das nicht zieht, steht gar nichts mehr, mögen die reichstreuen Herren denken; ist es doch gerade der Altkohl, welcher die Arbeiter am längsten in der Dummheit hält. Mit öffentlichen Versammlungen dasselbe Risiko. Obwohl man im Januar d. J. das "größte Werk" zu einer Versammlung heranholte, half auch dieses nichts, kaum 100 Männer — meistens Beamte — lauschten den Weisheiten des Bundesvorstandes Schaper aus Berlin.

So teilte das ganze Vereinsleben der Reichstreuen aussicht, so trübe schien es in ihrer Verbandsklasse zu sein. Wie groß die Geldnot geworden, kann man daraus ersehen, daß selbst Ernst sich herbeiläuft, auf Anfahrtung von Geldmitteln bedacht zu sein. War er es doch, welcher anlässlich eines Termins vor dem Schiedamt beantragte, die Geigenpartei sollte als Biße 800 Mk. in die reichstreue Verbandsklasse zahlen. Wohlgemerkt, 800 Mark sollte ein Kamerad vom Bergarbeiterverband in den reichstreuen Sackel tun. Geld riecht nicht! So mag auch wohl ein Ernst, trotzdem die Deute, von denen das Geld ausgebracht wird, nach Meinung der Reichstreuen zu den schlechtesten Kerlen gehören, denken.

Verdächtig wollte Ernst berjungen sein, welcher die Grubenbesitzer in Niedersachsen von dem Asp. d. h. von dem Bergarbeiterverband und der Sozialdemokratie befreien würde. Doch es war so schön gewesen, es hat nicht sollen sein. Obwohl man ihm eine strenne Haftstrafe — Stettin-Alteburg — in letzter Zeit noch den Siegenbuck belohnt hat, so ist das Gut, was er sich geteilt hat, immer noch in weiter Ferne. Wie Reichstreue künftig erzeugt wird, mit welchen Mitteln man Mitglieder hält, davon noch ein krasses Beispiel: Im Stocherbach auf der Abendbrotgrube ist in kurzer Zeit mehrere Bergarbeitern gefündigt worden, weil sie dem Bergarbeiterverband angehören. Bei dieser Gelegenheit ist den Leuten gesagt worden: "Wir sind Ihnen heute die Arbeit, weil Sie dem Verband angehören. Neben Ihnen, wollen Sie aus dem Bergarbeiterverband austreten, was Sie durch eine Beschleierung beglaubigen müssen, wollen Sie dann ferner Mitglied des reichstreuen Vereins werden, dann können Sie eventuell weiter arbeiten. Wollen Sie dieses nicht, so ist die Ablösung versetzt." Zu einem Kameraden hat dort kürzlich ein Beamter gesagt: "Wenn Sie in der nächsten reichstreuen Versammlung nicht anwesend sind und sich nicht einschreiben lassen, werden Sie die Folgen spüren." Sogar wenn die Deute Versammlungen besuchen, werden Sie von den Beamten hochgekommen.

So hat der Steiger Förster auf dem betreffenden Schacht nach einer Volksversammlung, wo unser Verbandsvorstand, Kamerad Schäfer, sprach, zu verschiedenen Leuten gesagt: "Sie waren auch zur Versammlung? Wenn das vorerläutert wurde, so wurde gesagt, daß er den Bettel, das heißt das Verzeichnis der Besucher nicht mit habe, es also nicht ganz genau kontrollieren könne." Solcher Terrorismus zugunsten der Reichstreuen steht auf diesem Werk, wo Menschenrechte direkt mit Fäusten gerissen werden, gelbt, welches dem Schupperton der Reichstreuen, dem Fürsten v. Pleß gehört. Oh Herr Ernst! Über solchen Terrorismus auch im "Festabend" berichtet wird? Uns kann es, offen gestanden, recht sein, wenn so agiert wird. Wir werden diesen Leuten die Antwort nicht schuldig bleiben. Den Kameraden aber möchte wir aus Herz legen, Wer Wind führt, wird Sturm erhitzen; so muß es auch hier sein. Daß wir die Reichstreuen nicht zu fürchten brauchen, hat die Handlungsweise dieser Grubenbeamten bewiesen. Wie miserabel an Geld und an Mitgliedern muß es aussehen, wenn man in der Verzweiflung zu solchen Mitteln greift. Die Reichstreuen pfeifen danach auf dem letzten Stock. Es zeigt sich, daß das stolze reichstreue Gebäude nur ein Kartonhaus ist, welches beim nächsten Windstoß zusammenbrechen muss. Wir aber wollen weiterarbeiten und die Organisation stärken, zum Segen der ganzen niederschlesischen Bergarbeiterchaft.

Süddeutschland und Reichslände.

Migringen. Auchthausfreiheit in den Zechenkolonien. Wie wir schon mitteilten, war unser Kamerad Hemmer wegen verbütswidrigen Betretens der Zechenkolonien der Firma Stumm Groß-Hettlingen vom Schöfengericht zu 50 Mk. Geldstrafe und Tragung der Kosten verurteilt worden. Die Strafkammer in Meß als Berufungsinstanz hob dieses Urteil jedoch auf und sprach Hemmer frei. Hemmer war auf Besetzung von Bewohnern der Kolonie dorthin gekommen um den Verbandsmitgliedern die Zeitung zu bringen und die bestellten Waren abzuliefern. Vom Vermwalter der Kolonie war ihm aber das Verboten der selben verboten worden. Vor der Strafkammer in Meß waren einige Verbandsmitglieder als Zeugen erschienen, welche beweisen, daß Hemmer ihnen die Zeitung auf ihren ausdrücklichen Wunsch gebracht habe. Es ist jedenfalls bezeichnwert, daß die Strafkammer den Rechtsanwältungen der Grubenbeamten und der Vorinflanz nichts, daß in den Zechenkolonien eine auch keinerlei Unterstützung gegeben hat. Das ändert aber an der Tatsache nichts, daß in den Zechenkolonien eine auch keinerlei Unterstützung herrscht, die eine große Gefahr für die Arbeiter und ihre Bestrebungen in sich birgt. Der Prozeß hat dieses mit dankenswerter Klärheit gezeigt und auch, daß Herrenhochmut und Herrenanmauerung fast keine Grenzen mehr kennen.

Vorhubbewegungen und Streits.

Moderne Sklavenhändler.

Nicht fortgesetzt muß sich die Arbeiterpresse mit dem verwerflichen Treiben der Streitbrecheragenten beschäftigen, ohne daß dem Lebel bisher in irgendeiner Weise gesteuert wurde, obwohl deren Treiben vielfach gegen Gesetz und gute Sitten verstößt, obwohl sie endloses Unheil über fallende von Arbeitern bringt, fühlt sich bisher noch keine Staatsbehörde verärgert, gegen diese Seelenverläufer einzuschreiten. Das diese Sorte Menschen auch bereit ist, selbst auf Verträge, die gegen Gesetz und gute Sitten verstößen, Streitbrecher anzuwerben, geht aus nachfolgendem Vertrag hervor, der zugleich ein blinderliches Schlaglicht auf die sogenannte Freiheit des Arbeitsvertrages wirft. Dieser Musterstreitbrechervertrag lautet:

Arbeits-Vertrag.

Ich, Endesunterzeichnetener, verpflichte mich durch meine Unterschrift, bei der Gewerkschaft Friedrich in Trais-Horloff gehörenden Grube unter nachstehenden Bedingungen die Arbeit anzutreten.

S. 1. Ich erkläre hiermit, daß ich gefunden bin und keine körperlichen Fehler wie Bruch, Epilepsie usw. habe, welche mich zur Werksarbeit untauglich machen. Sollten sich derartige Fehler bei der Knappschäftsärztlichen Untersuchung dennoch herausstellen, so ist mir bekannt, daß ich keinen Anspruch auf freie Rückbeförderung an den obigen Verein habe.

S. 2. Ich erkläre hiermit, daß ich während meiner Beschäftigungszeit auf dem betreffenden Werke keinem Verbande, insbesondere nicht dem deutschen Bergarbeiterverbande zu Bochum, angehören werde.

S. 3. Die mir zu übertragende Arbeit ist eine dauernde. Ich verpflichte mich, entweder im Altlohn oder im Schichtlohn zu arbeiten. Der Schichtlohn beträgt für den Hauer 3,50 Mk., für die Schleper 3,30 Mk. pro Tag, im Durchschnitt pro Tag 4,50 bis 5,00 Mk. und darüber je nach Leistung, es wird nur Accord gearbeitet. Die Arbeitszeit ist eine zwölf Stunden.

S. 4. Für gemeinschaftliches Unterkommen hat mein Arbeitgeber zu sorgen und verpflichtet mich, hierfür den ortsüblichen billigen

Geh. von 10 Pfsg. pro Tag zu entrichten, der von meinem Arbeitslohn zu führen ist.

S. 5. Als Kautionsleistung für entstandene Unkosten und Melschespen ist die Grube, bei welcher ich in Arbeit gestellt werde, berechtigt, mir vom verdienten Lohn pro Monat 6 Mk. in Teilstücken an den einzelnen Sohntag solange abzuziehen, bis der Gesamtbetrag die Höhe von 30 Mk. erreicht hat. Nach einjähriger Tätigkeit wird mir dieser Betrag von meinem Arbeitgeber mit 5 Prozent Zinsen zurückgestattet.

S. 6. Verlasse ich während dieser Zeit die Arbeit aus eigenem Antriebe, so bleibend die eingezogenen Beträge Eigentum meines Arbeitgebers.

S. 7. Erstmalige Belohnung des Handwerkszeuges (Gegähne) erfolgt werktags auf meine Kosten, deren Betrag mir in monatlichen Raten nicht über 3 Mk. von meinem verdienten Lohn zu führen ist. Solange das Gegähne nicht bezahlt ist, ist es Eigentum des Werkes.

S. 8. Die Arbeitszeit richtet sich nach den Bedürfnissen des Betriebes und unterweise ich mich der für die Grube, auf welcher ich Beschäftigung finde, gegenwärtig bestehenden Arbeitsordnung.

Essen, den 18. 2. 1908. Karl Hartmann.

Durch diesen Vertrag begibt sich der Arbeiter aller Rechte, er wird in ein völliges Hörtungsverhältnis gebracht. Auf Gnade und Ungnade ließt er sich dem Unternehmer und seinen willsägen Kreaturen durch Anerkennung des § 1 aus. Durch § 2 wird ihm das gefestigt gewährleiste Koalitionsrecht genommen. § 3 gibt dem Unternehmer das Recht, den Lohn nach Willkür zu regeln. Durch § 4 wird der Arbeiter unter Polizeiaufsicht gestellt. Durch §§ 5 und 6 sichert sich der Unternehmer eine Kautio, um sich auf alle Fälle an dem armen Teufel, der durch Not gezwungen vielleicht diesen Vertrag anerkannt, schadlos halten zu können. Gradezu ungeheuerlich und wohl einzige dastehend, ist auch die Bestimmung des § 7, wonach der Arbeiter das Gegähne, dessen er bedarf, selbst bezahlen muss. Auf allen uns bekannten Gruben wird das Gegähne den Arbeitern gefordert. Was soll der Arbeiter denn auch damit anfangen, wenn er von der Grube abkehrt? Von besonderer "Schönheit" ist auch der § 8, der den Unternehmern das Recht gibt, die Arbeitszeit nach Willkür zu regeln.

Man sieht, die Unternehmer verstehen ihr Geschäft. Im § 8 hat man es verstanden alles zusammenzufassen, was ein brutales Unternehmer geben zur Entziehung der Arbeiter erfinden kann. Diese wenigen Paragraphen enthalten genügend Bestimmungen um den Arbeiter zum völlig rechtlosen Helot zu degradieren. Dieser Vertrag ist jedenfalls ein klassisches Dokument für unsere heutigen Kulturstände und man soll es nicht möglich halten, daß es Menschen gibt, die sich dazu hergeben, Streitbrecher darauf anzuwerben. Und doch ist es der Fall und gerade Essen darf den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, einen solchen Menschen in seinen Mauern zu beherbergen. Es ist dieses der Inhaber der Wach- und Schichtgesellschaft, ein Herr Reich, der es anscheinend zu seinem besonderen Gewerbe gemacht hat, Streitbrecher nach aller Herren Länder anzunwerben. Das Essen ist internationales Streitbrecherbureau, dorthin wird das Lumpenproletariat aus Essen und Umgegend zusammengezogen und zu Streitbrecherdielen überall hin verschafft. Auf obigen Arbeitsvertrag hat Herr Reich Mitte Februar auch einen Trupp Streitbrecher von etwa 60 Personen angeworben, welche von ihm geführt, an einem Montagmorgen von Essen Hauptbahnhof aufzuführen. Wie es diesen Leuten erging, ersehen wir aus einem Bericht der "Oberschlesischen Volkszeitung". Diese schreibt in ihrer Nummer vom 18. Februar:

Auf der Grube Friedrich kam am Montag abend mit dem Zug um 6 Uhr von Giesen ein Transport Arbeiter in Stärke von 64 Mann aus Bochum und Essen, um in Arbeit zu treten. Die Bekanntmachung erfolgte durch einen Agenten. Den Leuten wurde ein Tagelohn von 3,80 Mk. geboten. Der Agent hatte aber einen höheren Lohn ver einbart. Die Leute nahmen die Arbeit infolgedessen nicht auf, es kam zu Streitigkeiten und sie demonstrierten und zerstörten alles auf der Grube. Die Gendarmerie von Giesen und Bieken wurde am Dienstag mittag sofort nach der Grube beordert und brachte die 64 Mann starke Abteilung mit dem Zug 6 Uhr 30 Minuten abends von der Station Trais-Horloff nach Giesen zurück, von wo aus sie ihre Heimreise nach Bochum und Essen antreten.

Dieser Bericht zeigt, daß die Grube Friedrich in Trais-Horloff mit den Essener Streitbrechern ebenso trübe Erfahrungen gemacht hat, wie die Unternehmer in Hamburg, Rotterdam, Senftenberg und anderswo. Trotzdem wird Herr Reich mit seiner aus dem Essener Lumpenproletariat ausgetretenen Streitbrecherkolonne, nach wie vor gute Geschäfte machen. Das völlig ablehnende Verhalten der Bechenerverwaltung von Grube Friedrich gegenüber der Belegschaft und die trüben Erfahrungen, welche man mit den Streitbrechern gemacht und wodurch die Grube schwer geschädigt wurde, scheint doch nicht ohne Folgen geblieben zu sein. Wie es heißt, soll die Stellung des Direktors und einer Anzahl Grubenbeamten erfrüttet sein. Jedenfalls ist der Schaden den die Aktionen durch das ablehnende Verhalten ihrer Verwaltung den Arbeitern gegenüber erlitten haben, so groß, daß damit die billigen Wünsche der Arbeiter ziemlich bestreikt werden könnten. Wie glauben aber nicht, daß die Unternehmer durch derartige Erfahrungen gewiszt, bald zur Einsicht kommen. Nach wie vor wird der Weizen der modernen Sklavenhändler blühen, bis die organisierte Arbeiterschaft stark genug geworden ist, sich auch ihrer zu erwehren.

Briefkasten.

H. J. R. Böpke. Könnten Deine Zuschrift nicht bringen, da Du uns nicht bekannt bist. Sehe Dich doch einmal dieserhalb mit unserem Bezirksleiter Kamerad Reddigan in Verbindung.

Verbandsnachrichten.

Achtung!

In letzter Zeit mehren sich die Anträge von Mitgliedern auf Bewilligung von außerordentlicher Unterstützung. Ja es gibt Ortsverwaltungen, welche solche Anträge unterschreiben und uns dadurch nur unmöglich Arbeit bereiten, denn der Vorstand ist nicht in der Lage, solche Unterstützungsanträge zu berücksichtigen, da unser Statut solche Unterstützungen nicht vorsieht. Wir bitten deshalb unsere Ortsverwaltungen und -Büros, bei ihren Bahnhofsmitgliedern dahin wirken zu wollen, daß allen bekannt wird, daß der Vorstand solchen Anträgen nicht zustimmen kann.

Achnlich steht es mit den Darlehenanträgen. Auch diese kann der Vorstand unter keinen Umständen berücksichtigen. Denn unser Verbandsstatut bestimmt im § 20, Abs. 5, daß das Ausleihen von Verbandsgegenständen an Verbandsmitglieder oder private Personen ungültig ist.

Wegen unfolgsamen Vertrages ist das Mitglied Nr. 106 977 Bruno Seifert, Niederplanitz, auf Antrag der Mitgliedschaft Niederplanitz aus dem Verbande ausgeschlossen.

Achtung! S. 2 Wochen Mitglied ist, hat sich sofort bei seinem Ortsvertrauensmann zu melden. Wer das nicht befolgt, hat auf Unterstützung keinen Anspruch.

Achtung!

Den Vertrauensleuten und Zeitungsböten zur Mitteilung, daß diese Woche der "Nazzar" nicht erscheint. Die Expedition.

Mecklenburg-S. Süd hat für Monat Januar d. J. mit 729,20 Mk. abgerechnet. Die Hauptkasse.

Auszahlung der Krankenunterstützung.

Bonndorf. Jeden ersten und letzten Sonntag im Monat in der Wohnung des Vertrauensmanns Johann Altmann. — Vorstadt. Jeden zweiten und letzten Samstag im Monat, nachmittags von 4 bis 6 Uhr, im neuen Vereinslokal bei Witwe Thiesbürg (früher Meliss), Niederstraße Nr. 100. — Lütgendortmund. Jeden dritten Sonntag im Monat, von 1 bis 3 Uhr nachmittags. — Maryloch. Jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat, von 9 bis 11 Uhr nachmittags. — Wattenscheid I. Jeden Sonntag, nachmittags von 8 bis 10 Uhr, bei J. Stitt, Süderstraße 58, 2. Stock. — Wintersdorf. Jeden Sonntag, nachmittags von 10 1/2 bis 11 1/2 Uhr, bei dem Kassierer Edwin Genth in Wintersdorf. — Werne bei Langendreer. Jeden Montag, von 8 bis 10 Uhr, mit Vertrauensmann, Gebeststr. 4. — Die Kameraden wollen die Stunden genau einhalten.

Wohnungsveränderungen.

Wattenscheid I. Der Klassierer J. Nutt wohnt nicht mehr Vorstadt 67, sondern Süderstraße 68 im zweiten Stock.

Wintersdorf. Den Kameraden der Bahnhofszelle zur Kenntnis, daß die Wohnung des 1. Vertrauensmanns H. Ulrich vom 1. April an schrägläufig vom Konsum, Einfachstraße 1 Trepp, sich befindet.

Werne bei Langendreer. Die Wohnung des Vertrauensmanns der Bahnhofszelle befindet sich vom 1. April ab Heidestraße Nr. 4.

Kupferdröh. Teile den Mitgliedern mit, daß ich am 1. April meine Wohnung von Kupferdröh nach Düsseldorf, Friedenstr. 71 verlege. Meinen bisherigen Wohnort übernimmt der Kamerad August Hegemann. Derselbe ist zur Einsackierung der Verträge bereit. Ich übernehme die Wohnung für den Kameraden Robert Schmidt.

Bücherrevision.

In folgenden Bahnhöfen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit den Reviseuren unnötige Wege erspart bleiben:

Märkisch-Oderstr. Im Monat März.

Dümpten III. Im Monat März.

Oberfrohrop. Im Monat März.

Stecklen. Von 15. bis 20. März.

Hocharmen. Von 15. bis 21. März. Bei der Revision der Mitgliedsbücher werden die Strafpunktemarken gelöscht.

Somborn. Von 15. bis 21. März.

Dortfeld. Von 20. März bis 1. April.

Eickel. Von 20. März bis 15. April.

Eickendorf. Von 25. März bis 15. April.

Pannenheide, Bleicherode, Kirchhof. Sonntag, den 29. März.

Alsdorf (Rheinland). Von 1. bis 15. April.

Möllnighausen. Von 25. März bis 15. April.

Wanne. Von 25. März bis 10. April.

Bövinghausen. Von 1. bis 15. April.

Niedersprockhövel. Von 1. bis 15. April.

Schwafheim. Von 1. bis 15. April.

Wiesbaden. Von 1. bis 15. April.

Wuppertal. Von 1. bis 15. April.

Danksagung.

Ehe die zahlreiche Beteiligung an der Versammlung meines geliebten Mannes und seines guten Vaters, sowie für die soziale Anerkennung, die vor den Kameraden der Sozialdemokratischen Partei erhaltenen Dank.

Witwe B. Schlaginwald und Kinder.

Danksagung.

Weil der Betrieb herzlicher Teilnahme an der Versammlung zweier verstorbenen Männer sage ich hiermit der Firma Dümpten I meinen herzlichsten Dank.

Witwe Hermann Zeitung.

Wirtschaftsübernahme.

Wie die Führung meiner

Wirtschaft

dem Herrn J. Loos aus Hagen übertragen und bitte, das mit bloher

schwachen Vertrauen auch meinem

Wirtschaftsführer gestattet bewahren zu

wollen. — Für das mir gehörige

Beratnen bestand dankbar zehnter

Wochentagswohl

W. Borgmann jr., Barop,

Kernbrauerei-Brauerei.

Soeben erschienen:

Bergmann aufgewacht!

Eine neue

Anfertskarte

mit einem prächtigen Gedicht unseres

Arbeiterdichters

Hilmar Kämpchen.

Kameraden, die den Bericht dieser

Karte übernehmen wollen, erhalten

Winter und Preis gegen Einwendung von 10 Pf. in Freimarken.

Albert Pantzer, Essen-Ruhr,

Segenstrasse 14.

283. Bei Bezug von

Zapeten, Farben

bäcke, Pinsel

Glas im Ausschnitt

Ist die beste Quelle

E. Trempa,

Dortmund,

Audwigstr. 6. Schützenstr. 19

Versand nach außen franko.

Nur für Gewerkschaftler

und Parteigenossen!

Versand:

Neue u. getrag. Anzüge, Tropfen,

Wettern, Hosen, Damenhüte,

Mäde, Blusen, Kindergartenkleider,

Übern, Schuhe aller Art, Fein-

waren, Koppeln, Hüte, Mützen,

Grubenzeug, neue Grubenwüche

u. s. v.

nur für 4 Mart.

L. Kamp, Althändler,

Kopstadt-Essen-Ruhr

Strasse 7.

Brillanten, Juwelen und

Goldwaren für Jedermann

Tagesordnung:

1. Freie oder christliche Gewerkschaften?

2. Freie Diskussion für jedermann.

Referent: Kamerad Franz Pokorny, Bochum.

Zahlreiche Beteiligung der Bergarbeiter ist erwünscht. Der Glindauer.

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Kasinbericht und Entlastung des Vorstandes und des Aussichtsrates.

2. Neuwahl des Vorstandes.

3. Anträge von Mitgliedern.

Wir laden hiermit unsere Mitglieder zu recht zahlreichem Besuch ein.

Als Legitimation zur Generalversammlung hat jedes Mitglied sein Steuer-

dienst mitzubringen (siehe auch § 16 Absatz 3 der Statuten).

Aus dem Vorstand scheiden aus: Anton Strunz, Zwickau, 1. Vor-

sitzender; Herm. Prager, Wilhelmsdorf, 2. Vorsitzender; Herm. Zimmer-

mann, Reichenbach, 1. Kassierer; Ernst Barth, Zwickau, 2. Kassierer;

Ed. Reichelt, Zwickau, 1. Schriftführer; Hermann Trinta, Reichen-

bach, 2. Schriftführer.

Der Vorstand.

Grosser Fang!

1/2 Jhd 350

grobste

M. Salz-

Böschterlinge heute nur

7 M. Probe, ca. 170 3. 90 M.

70 Weißl., 80 Röslm., 60

Salz, 70 Bism.-Jer je 2 M.

130 Büßlinge 2 M., 2 Eßl.

Sprott, 20 M., 5 M., 5 M.

Ernst Napp Nach.

Swinemünde 35, Konf.-Fab.

Achtung Hamm!!

Mein

Schuhwarenlager

nebst Befohlanstalt

bringe ich in empfehlende Erinnerung.

Billigste Bezugssquelle

für bewährte Schuhwaren.

Reparaturen sofort gut und billig.

Franz Fischer,

Hamm i. W.

Ritterstraße 16, beim Salamander.

Fohring Rotwein

in sel. Güte zu 70 Pf. das Liter.

G. ab. 16 L. ab. 10 Pf. d. Liter.

W. Lipp's Zabern 1.

Strickmaschinen

und alle diese Gewerbeanlagen sind auf

billige Preise für die Bergarbeiter.

Der bestens Nummer

liegt ein Prospekt der

Firma M. Brodmann, Leipzig.

der Maschinenfabrik bei.

Knappschaftsmitglieder-Versammlungen

Sonntag, den 20. März 1908:

Stadt u. Umg. Nachmittags 4 Uhr, im Saale des Herren H. Stoll-

mann. — Das Abgangsklaus und wer ist schuld an der Ablehnung

des Status? Referent: Knappschaftsältester C. Möbis, Marien.

Öffentliche**Bergarbeiter-Versammlungen****Wurm-Eschweiler Revier.**

Bardenberg. Sonntag, den 5. April, nachmittags 5 Uhr, im

Vorste des Herrn Schreiber.

Bleyerheld. Sonntag, den 20. März, vormittags 11 Uhr, im

Vorste des Herrn Sonnenchein.

Eschweiler. Sonntag, den 5. April, vormittags 11 Uhr, im

Vorste des Herrn Henne mann.

Zahlsordnung in diesen Versammlungen: 1. Die Verabschiedung des Berg-

arbeiterverbandes im besseren Sinne und warum die Verabsiedlung

in der Bergarbeiterbewegung?

2. Freie Aussprache für jedermann.

Referent in allen Versammlungen: Kamerad Franz Pokorny, Bochum.

zu diesen Versammlungen sind die Führer und Mitglieder der besseren

christlichen Gewerkschaftsbewegung, ganz besonders die vom Gewerbeverein

christlicher Bergarbeiter freundlich eingeladen. Viele Meisterlichkeit wird

ihnen zugestellt.

Sonntag, den 20. März 1908:

Brüder u. Umg. Nachmittags 3 Uhr, im Vorste des Herrn H. Stoll-

Mann. — Was fordern die Bergarbeiter von der Gelehrten?

Referent: H. Stoll-Mann, St. Johann.

Erbach u. Umg. Abends 7 1/2 Uhr, im Vorste des Herrn Gottlieb Weber.

Was fordern die Bergarbeiter von der Gelehrten?

Referent: H. Stoll-Mann, St. Johann.

Abends 8 1/2 Uhr, im Vorste des Herrn Stoll-Mann.

Was fordern die Bergarbeiter von der Gelehrten?

Referent: H. Stoll-Mann, St. Johann.

Abends 9 1/2 Uhr, im Vorste des Herrn Stoll-Mann.

Was fordern die Bergarbeiter von der Gelehrten?

Referent: H. Stoll-Mann, St. Johann.

Abends 10 1/2 Uhr, im Vorste des Herrn Stoll-Mann.

Was fordern die Bergarbeiter von der Gelehrten?

Referent: H. Stoll-Mann, St. Johann.

Abends 11 1/2 Uhr, im Vorste des Herrn Stoll-Mann.

Was fordern die Bergarbeiter von der Gelehrten?

Referent: H. Stoll-Mann, St. Johann.

Abends 12 1/2 Uhr, im Vorste des Herrn Stoll-Mann.

Was fordern die Bergarbeiter von der Gelehrten?

Referent: H. Stoll-Mann, St. Johann.

Abends 1 1/2 Uhr, im Vorste des Herrn Stoll-Mann.

Was fordern die Bergarbeiter von der Gelehrten?

Referent: H. Stoll-Mann, St. Johann.

Abends 2 1/2 Uhr, im Vorste des Herrn Stoll-Mann.

Was fordern die Bergarbeiter von der Gelehrten?

Referent: H. Stoll-Mann, St. Johann.

Abends 3 1/2 Uhr, im Vorste des Herrn Stoll-Mann.

Was fordern die Bergarbeiter von der Gelehrten?

Referent: H. Stoll-Mann, St. Johann.

Abends 4 1/2 Uhr, im Vorste des Herrn Stoll-Mann.

Was fordern die Bergarbeiter von der Gelehrten?

Referent: H. Stoll-Mann, St. Johann.

Abends 5 1/2 Uhr, im Vorste des Herrn Stoll-Mann.

Was fordern die Bergarbeiter von der Gelehrten?

Referent: H. Stoll-Mann, St. Johann.

Abends